

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Verkaufspreis: 75 Halbofenig monatlich zugunsten der Arbeiterkassen. — Bestellungen nehmen alle einschickenden Postämter, Briefkägen und der Verlag Halle (Saale), Dr. Braunsauerstr. 30, entgegen. — Preis: 3 Jahre 2 Reichsmark und 6 Monate 1 Reichsmark. — Abnahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser“, Halle (Saale), Dr. Braunsauerstr. 30. — Druckerei: Halle (Saale), Dr. Braunsauerstr. 30. Fernsprecher Nr. 1277.

Verlagspreis: für die zehnmalte Ausgabe 10 Halbofenig. — Abgabe in Reichsmark 1 Mark. — Abnahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser“, Halle (Saale), Dr. Braunsauerstr. 30. — Druckerei: Halle (Saale), Dr. Braunsauerstr. 30. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 29

Halle (S.), 16. Juli 1927

3. Jahrgang

Urlaub von der Politik.

Wahltagferien — Opfer für den Block — Das Reichsschulgesetz als Kaufpreis — Der Versuch in der Deutschen Volkspartei — Das Abrechnungs-Gesetz — Die enttäuschten Auslandsdeutschen — Konkordatsgefahr in Preußen — Das Zentrum im Wahlkampf — Die Wahl — Stillstand der Außenpolitik — Englische Erklärung für Rheinräumung — Französische Sorgen — Die Anschlussfrage — Das gezeichnete Kabinett Poincaré — Umfall der Linken — Die Wahlreform — Der Prozeß gegen den „Hohenzollernprinzen“ — Die Tragik dieser Komödie.

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen. Sehr stolz und vernünftig selbst nicht auf die Arbeit sein, die er hat. Gott alle großen Vorklagen sind liegen geblieben. Es war nicht nur das Bedürfnis nach Ferien, sondern auch der Wunsch, sondern weit mehr noch die jedes weitere Verdrängen könne eine Krise heraufbeschwören. Das ist das Besondere an dieser politischen Situation. Seltener hat ein Volk so viele Kräfte gezeugt als im Reichstag. Man hat die Geschicklichkeit der Entschlüsse anerkannt, das in jedem Augenblick bereit, es Steuer umzuwerfen und einen anderen Kurs einzuschlagen. Nur dieser Geschicklichkeit ist es zu verdanken, daß überhaupt etwas zustande kam. Die Zolltarifmolelle, die Erhöhung einzelner Positionen, die bei den dritten Gewerkschaften unmöglich begehrte Zustimmung, können, aber über all diese Bedenken ging man hinweg. Es mußten Opfer zugestanden werden, um die Geschicklichkeit bei guter Laune zu halten. Das war der Kaufpreis für das Reichsschulgesetz, das Herr von Helldorf auszuarbeiten soll. Noch ist es nicht unter Dach und Fach. Mehrere Kabinettsentwürfe haben statgefunden, ohne daß sich eine Einigung ergab. Erst im Laufe der Woche dürfte die Vorlage ihre vorläufige endgültige Gestalt annehmen. Bis dann der Reichstag seine Wände verlassen und die wieder umgearbeitete Vorlage im Reichstag in seiner Septembertagung geübelt werden kann. Günstig sind ihre Aussichten nicht. Ginge es Herrn Dr. Schulz, so würde allerdings die Welt in einem ihrer wichtigsten Punkte aufgehoben sein. Für ihn führt die Freiheit seiner er und die nur eine untergeordnete Rolle. Aber er und die Deutsche Volkspartei hat noch nicht das gleiche. Er könnte das von Stresemann und der Partei behaupten, daß die gewalttätige Verantwortung ruht auf dem Reichsminister. Er muß sich klar darüber sein, daß die deutsche Entwicklung von ihm jetzt abhängt. Er hat die Sache des Liberalismus im Stich, so wird sich er später nicht nur an seiner Partei, sondern am ganzen deutschen Volk rächen.

Das Abrechnungs-Gesetz gehört gleichfalls zu den Gegenständen, mit denen sich das Parlament nicht beschäftigen hat. Der Entwurf, wie er der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden ist, entspricht in keiner Weise berechtigten Erwartungen. Abgesehen von den kleineren Forderungen der Auslandsdeutschen, die erfüllt werden sollen, wird nur ein kleiner Prozentsatz für ihre Verluste zugestanden. Und doch handelt es sich um eine Ehrenpflicht der Nation. Viele Jahreshundert haben diese Auslandsdeutschen nicht nur auf ihre Ansehen, sondern auch das deutsche Vermögen verloren. Solange sie in der Fremde schaffen dürfen, ist die passive Handelsbilanz unbedenklich. Was schadet, ist ihre Arbeit wieder herein. Ihre Entlohnung ist sehr gering. Gewiß, die Reichsfinanzen dulden eine schwere Belastung, aber dann hätte man auch in den Fragen ähnlich verfahren müssen, dann dürfte nicht den süddeutschen Ländern den Anteil an der Steuer erhöhen, dürfte nicht die Ruhrindustriellen so schenken und durch die Aufhebung des Sperrgesetzes standhalten die Durchsetzung ihrer übertriebenen Forderungen verhindern. Stimmliche Proteste haben davon keine Notiz genommen. Es wiederholt sich oben das Schauspiel, das wir von der Aufhebung der Wahlreform kennen. Erst hat man in der Opposition Ansprüche selbst unterstellt und den Haß gegen die sich zu schließen versucht, dann hat man, da man in der Wahlreform gelangt war, sich auf die entgegengegesetzte Seite gestellt. Das einzige Bemerkungswürdige, ist die Geduld der Wähler. Ob sie wirklich mit?

Die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung soll man von der Hand weisen. In Preußen droht der Abschied eines Konkordats erste Bewicklungen heraufbeschwören, die vielleicht zu einer Sprengung des Bundes führen und dann folgerichtig den Reichstag mit in den Trümmern liegen würden. Aber vielleicht ist das gar erforderlich. Das reichlich reaktionäre Schulgesetz,

dessen erste Bestimmungen jetzt bekannt werden und alle Anhänger einer freibleibenden Entwicklung mit Zorn und Empörung erfüllen müssen, könnte den gleichen Erfolg zeitigen. Die einzige Partei, die sich darauf vorbereitet, ist das Zentrum. Ein Artikel der „Germania“ zeigt, daß man dort gerüstet ist. Höflich genug wird abgelehnt, mit den Deutschnationalen Arm in Arm vor die Wähler zu treten und vor allem Ueberfluß verhindert, man denke gar nicht daran, das Schulgesetz zur einzigen Parole zu machen. Selbstbehauptung zwingt, rechtzeitig sich auch zu rüsten. Seltener hatten wir so günstige Parolen wie jetzt: Die Freiheit der Schule, die Stärkung der Reichsgewalt, gegen den verheerenden Einfluß des Partikularismus und der Kampf im Sinne der Weltwirtschaftskongresse für Niederlegung der Zollmauern, also im bewußten Gegensatz zu der Zollpolitik des jetzigen Kabinetts. Nur arbeiten müssen wir, solange es Tag ist. In diesem Sinne dürfen die Ferien nicht gelten. Bereit sein, ist alles.

Die Außenpolitik ist seit langem zum Stillstand gekommen. In Paris berief man sich darauf, daß Deutschland in den Währungsverpflichtungen noch einige Restschulden aufzuweisen hätte. Daß es sich nur um einen Verbandsartikel handelte, haben die letzten Tage mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt. Der belgische und der französische Militärattaché in Berlin haben nach Befolgung der Währungsverpflichtungen anerkannt, daß die vorgeschriebenen Sprengungen selbst notwendig worden sind. Das Kriegsgesetz ist zum Reichstage noch vor dem Auseinandergehen endgültig angenommen worden. Und doch! Nichts regt sich drüben. In diesem Augenblick haben die Engländer ein deutsches Wort gesprochen. Herr Chamberlain hielt im Unterhaus eine große Rede, verzog aber, auf die nach der Rheinräumung gestellte Frage einzugehen. Sein Unterhaussprekator Lokers-Kampion holte das Verümmerte nach. Endlich wurde offen zugegeben, daß die uns in der Reichstagsaufklärung im Dezember 1926 ausdrücklich zugesicherte Truppenentwässerung nicht im vollen Umfang erfolgt ist. England werde sich bemühen, für die Einhaltung der gemachten Zusagen mit aller Entschiedenheit zu wirken. Praktisch bedeutet es vielleicht nicht viel, aber es unterstreicht den deutschen Rechtsstandpunkt und wird sich in dem entscheidenden Kampf, der nun endlich einleiten muß, als Waffe verwerten lassen.

In Paris wird die Anschlussfrage wieder lebhaft erörtert. Wir verstehen die Aufregung nicht ganz. Welche Gefahr für Europa daraus erwachsen soll, daß sich sechs Millionen Desterreicher dem Reich verbinden. Aber an der Seine postet man wie Söldner auf seinen Scheitern. Der Friedensvertrag von Versailles verbietet die Gemeinschaft zweier Völker, die kaum etwas Trennendes aufzuweisen haben. Nur der Völkerbundsrat könnte einem Antrag seine Genehmigung erteilen. Vom Rat aber genügt ein einziges Veto, und selbst wenn Frankreich aus irgend welchen tatsächlichen Erwägungen darauf verzichten würde, es auszusprechen, könnte es sich auf Polen verlassen. Sehr groß muß die Besorgnis sein, denn man erwägt, den Deutschen an der Donau ihre politische Sehnsucht abzulaufen. Vergünstigungen im Durchgangsverkehr, Erleichterungen im Handel mit der Habschlowatke und ein Freihaufen in Wien. Wenn die Desterreicher gut beraten sind, nehmen sie, was sie bekommen können, denn noch ist die politische Lage nicht weit genug entwickelt, um einen moralischen Rechtsmittel durchzuführen. Nur soll man sich in Frankreich und Polen nicht etwa der Illusion hingeben, als ob man durch das trübselige Wert von Versailles für alle Zeiten die Landkarte von Europa bestimmt hat. Die gleiche Abzweigung legte man auch auf dem Wiener Kongreß, wo man ebenfalls selbstherrlich verfuhr und erlebte dann mit Schrecken, daß die großen Ideen der Völker starker waren als die kleinen Erwägungen der Staatsmänner. Es könnte sich bald daselbe ereignen.

Einige Tage hindurch war das Kabinett Poincarés ernstlich gefährdet. Nicht von links, sondern von rechts her setzte ein Ansturm ein, der zahlenmäßig den sicheren Sturz der Regierung zur Folge haben mußte. Man verzagte es dem Ministerpräsidenten, daß er den Wünschen der Linken in den Fragen der Wahlreform nachgegeben

hätte. Dem Außenstehenden erscheinen die Veränderungen dieser Reform nicht sehr bedeutungsvoll, aber die maßlose Wut der Nationalisten beweist, daß man die Schwäche in ihrer parteipolitischen Auffstellung getroffen haben muß. Wenn fünfzig Jahre Wahlkreis nur einen Abgeordneten entsendet, während bisher drei und zwei die Regel waren, so erschwert das ein Zusammengehen für den Bloc national. Die Linke ist ja immer uneinig, nicht nur in Frankreich, und ist immer geiondert in den Kampf gezogen. Darin liegt wohl die Stärke für die Zukunft. Auch die wildeste Obstruktion hat die Verabschiedung der Vorlage nicht verhindern können. Nun gab es nur noch eine Bedrohung. Der Finanzausfluß hat die Erhöhung der Beamtengehälter rückwirkende Kraft verleihen wollen, wogegen sich Poincaré mit seiner ganzen Fähigkeit wehrte. Die Radikalfazialisten aber fielen um. Nur ein Teil beharrte bei seinem Entschluß. Die restlichen Ferien waren gekommen. Poincaré ist Ministerpräsident geblieben, obwohl man schon in Brabant den geeigneten Nachfolger gefunden hatte. Seltener, wie die nationale Politik der einzelnen Länder sich international gleich.

Der Prozeß, der gegen den falschen Hohenzollern-Prinzen Domala in Köln mit der Beurteilung zu sieben Monaten endete, ist mehr als der Abschluß einer Komödie. Gewiß hat dieser Stoff in ähnlicher und anderer Form häufig die Aufmerksamkeit gereizt und die Volksmasse zum Märchen haben sich gern mit der Vermählung kleiner Leute in Zufälligkeiten beschäftigt. Aber dahinter steht doch ein gutes Stück Tragik. Man hat in Köln nicht die Zeugen selbst vernommen, sondern nur ihre Aussagen verlesen lassen. Das geschah aus gutem Grunde, um die Verhandlungen nicht zu weit auszuweiten, aber das Gegenteil wäre sehr reichlich gewesen. So sind wir auf die Schilderungen des Angeklagten angewiesen, die des Humors nicht entbehren. Dieser vom Schicksal arg gezeichnete junge Mann ist nach tapferem Strahlen der Versuchung erlegen. Man hat ihn in eine Rolle hineingedrängt, die er gar nicht spielen wollte. Sein ganzes Vergehen bestand darin, daß er Geld einsteckte, das ihm von allen Byzantinern freudig dargebracht wurde. Der Name genügt, auch wenn ihn der Träger zu Unrecht führt. Eigentlich hätten reise Menschen wirklich keinen Anlaß, sich vor einem Prinzen, dem er edel oder unedel sein, zu beugen, dessen einziges Verdienst es ist, zum Haupte der Hohenzollern zu gehören. Uns Republikaner erscheint schon dieser Ruhm zweifelhaft. Und doch haben sich Beamte der Deutschen Republik in Ehrfurcht erbeugend vor dem Klang dieses Namens gebeugt. Das Tragische liegt nicht bei Herrn Domala, sondern bei jenen Speisbürgern, die sich erhoben fühlen, wenn sie einem Willigen die Hand drücken dürfen. Sehr lustig war seine Schilderung der Saroborussen. Bei ihnen suchte er Bildung und fand nur Sauferei. Domala wird noch den Rest seiner Strafe verbüßen, aber verurteilt ist das deutsche Bürgertum, das so oft von seiner Freiheit spricht und in Wirklichkeit Sklaventum mit sich schleppt. Und mit verurteilt sind jene Väter, die die Hugenberg-Presse, die Jahrzehnte hindurch das Volk der Dichter und Denker zum Byzantinismus erzogen haben.

Die kraftlose Reichsregierung.

Wo bleibt das Spiritusmonopol-Gesetz? Rechtsregierungen sind in den letzten Jahren dem deutschen Volk immer wieder unter dem Gesichtspunkt empfahlen worden, es wäre notwendig, „sachlich und kraftvoll die Geschäfte des Reiches“ zu lenken. Wenn man aber allein in den letzten Wochen beobachtet, wie im Reichstag und in den verschiedenen Reichstagsausschüssen die Reichsregierung Niederlage auf Niederlage erleidet, so dürfte dies nicht gerade ein Beweis dafür sein, daß eine Rechtsregierung in der Lage ist, sachlich und kraftvoll die Geschäfte Deutschlands zu lenken. Sachlich und kraftvoll vermag man gegenwärtig insbesondere auch nicht die sogenannte Reichsfinanzpolitik zu nennen. Bei der Reichsfinanzreformgebung für die Reichsfinanzen verzichtet das Reichsfinanzministerium auf jegliche Führung. Die Entscheidung über den Inhalt der künftigen Gesetzesvorlagen ist in das Gremium der Landesfinanzminister verlegt, was

den und die Reichsfinanzverwaltung ist ausführendes Organ des Willens der Landesfinanzverwaltungen geworden. Die indirekt wirkenden Steuerentlastungen des letzten Finanzvergleichsprotokolls auf der Grundlage jenes § 4 des fraglichen Gesetzes, wonach die Mehrgarantie von 200 Millionen Mark an Länder und Gemeinden für das laufende Rechnungsjahr zu entsprechenden Realsteuerentlastungen bei Ländern und Gemeinden bestimmt werden sollte, sind ebenfalls ausgeblieben, da Länder und Gemeinden sich in ihrer Finanzpolitik und ihrer praktischen Finanzanbahnung um die Vorzufirsten und Zielsetzungen der gegenwärtigen „traffvollen“ Reichsregierung nicht kümmern.

Aber auch auf anderen Gebieten ist immer wieder Hemmung zu bemerken. Der demokratische Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat nach langwierigen Beratungen im vorjährigen Kabinett und nach eingehender Prüfung des Reichswirtschaftsrates dem Reichstag im November 1926 ein Spiritusmonopolgesetz vorgelegt, das die formalen Grundlagen für eine Befreiung der Branntweinmonopol-Gebahrung bieten sollte.

Es ist eine in den letzten Haushaltsplänen des Reiches deutlich erkennbare Tatsache, das das gegenwärtig bestehende Branntweinmonopolgesetz außerordentlich unwirtschaftliche Konsequenzen nach sich gezogen hat. Das Gesetz ist nicht in der Lage gewesen, eine sehr weitgehende Durchfahrung des Monopols zu verhindern. Die Verwaltung ist in diesem Gesetz auf das ungewunlichste aufgebaut worden und gewisse geringe Betriebsberschssige konnten nur dadurch erwirtschaftet werden, das das Reich aus den gewaltigen Steuerberschssigen der Jahre 1924 und 1925 langfristige Betriebskredite zum Teil zinslos und zum Teil zu ganz geringem Zins der Monopolverwaltung zur Verfügung stellte.

Man sollte annehmen, das insbesondere ein auf die Pflege der Reichsfinanzen unter den gegenwärtigen Verhältnissen oberster Reichsfinanzminister es sein sollte, das eine ganz besondere Aufgabe ansetzt, hier Ordnung zu schaffen und hier ohne Erhöhung der im Rahmen des Monopolgesetzes dem betroffenen Gewerbe auferlegten Lasten eine größere Rentabilität zugunsten des Fiskus zu sichern. Man sollte annehmen, das insbesondere der gegenwärtige Reichsfinanzminister Dr. Kähler, der mit so großen Bestrebungen und so erheblichen Befrustigungen die Reichshofe Staatsvorlage auf einigen Monaten im Reichstag begründete, die größten Anstrengungen macht, um durch beschleunigte Verabschiedung des neuen Spiritus-Monopolgesetzes dem Reichsfiskus Mehrerträge zuzuführen, die in der feierlichen Begründung der Regierungsvorlage auf jährlich etwa 40 Millionen Mark geschätzt worden sind.

Aber es gibt natürlich innerhalb der gegenwärtigen Regierungskoalition mancherlei Widerstand gegen das Spiritus-Monopolgesetz. Es ist ein offenes Geheimnis, das mancherlei Vertreter innerhalb der Zentrumspartei nur sehr schwer dazu zu veranlassen sein werden, einem Gesetzentwurf zuzustimmen, der eine gewisse Befreiung der bisherigen überaus großen Bevorratungen der kleinsten Abfindungsrentner vornehmen will. Im bandischen Schwarzwald ist auch die Zahl der Schwarzbranner nicht gering. Minister Reinhold hat auf dem Hamburger Parteitag der Demokraten ausdrücklich hervorzuheben, das der Schwarzwald in seinen Namen seinen Tannensalbern und nicht der Schwarzbranner verdient. Man kann ein gewisses menschliches Verständnis dafür haben, das die dort gewählten Zentrumsabgeordneten sich sträuben, gewissen, nicht ganz einflussreichen Kreisen ihrer Wählerschaft durch eine Ordnung der gegenwärtigen Verhältnisse webe zu tun. Der gegenwärtige Reichsfinanzminister selbst liet hier vielleicht auch vor einem gewissen Stillsitzen, wenn er als Badenier eine gewisse Vorzugsstellung eigener Landesleute reichserhohend befugeln soll. Aber dürft nicht auch ein Reichsfinanzminister, selbst wenn er aus Baden stammt, sich mit Vorzufirsten einverstanden erklären können, die auch die Zustimmung des Reichserzherzogs der Kleins- und Abfindungsrentner befinden haben?

Es wäre außerordentlich interessant, wenn endlich einmal die Reichsfinanzverwaltung der deutschen Öffentlichkeit darüber Auskunft geben würde, warum sie sich dagegen sträubt, einen Gesetzentwurf im Parlament zur Verabschiedung bringen zu lassen, der lediglich durch organisatorische Verbesserungen den vorstehend schon erwähnten Mehretrage für die Reichskasse mit sich bringen würde? Sind etwa doch die Reichsfiskus noch wesentlich voller, als der Herr Minister Dr. Kähler es bisher wahrhaben wollte? In seiner Rede vom 16. 2. erklärte Dr. Kähler, das der Haushalt des Jahres 1927 nur mit größter Schwierigkeit ausbalanciert werden könne; wenige Wochen später erkannte er durch die Erhöhung der Garantiefiktionen und durch die Sonderabmachungen hinsichtlich der Viehverkaufschadigungen den Ländern und insbesondere den süddeutschen Ländern Mehrzuweisungen in Höhe von 245 Millionen Mark zu, ohne das an der Struktur der Steuererträge etwas geändert werden mußte. Aus den bisher vorliegenden Ausweisungen über die Einnahmen des Reiches im April und Mai ergibt sich, das die Reichseinnahme erneut um 8 bis 10 Prozent die an sich schon außerordentlich hoch gegriffenen Voranschlagsziffern übersteigen. Schließlich erklärte der Reichsfinanzminister vor wenigen Wochen im Haushaltsausschuß des Reichstages, ab 1. Oktober eine durchgreifende Befreiungsreform für die Beamtenhofe ohne Steuererhöhungen tätigen zu können, die für den Zeitraum vom 1. 10. 1927 bis 31. 3. 1928 infolge dieser Befreiungsreform in Betracht kommenden Mehretrage in dem Reichshaushalt in Höhe von 200 Millionen Mark aus Steuerberschssigen werden beschafft werden können. Wenn die Dinge so liegen, dann ist es vielleicht verständlich, das man, um 40 Millionen zu gewinnen, nicht eine gewisse Verragerung im Hauptbonanzen der Zentrumspartei durch eine endliche Verabschiedung des Spiritusmonopolgesetzes herbeiführen will.

Die Demokraten zur Zollvorlage.

Bei der ersten Lesung der jüngsten Zolltarifnovelle im Reichstag bte der Vorkurfer der Demokraten, Abg. Mener-Berlin scharfe Kritik an der bisherigen Verschleppung der Zollvorlagen. Die Ursache dieser Verschleppung ist der Gegensatz der handelspolitischen Tendenzen innerhalb der Regierungskoalition. Bei der Tagung des Landwirtschaftsrates in Ettlin hat Herr Schiele gegen die Weltwirtschaftskonferenz polemisiert und erhöhte Nahrungsmittelzolle verlangt, während zwei Jahre später Herr Curtius auf der Tagung des Handelstages in Hamburg ein Bekenntnis zu den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz ablegte und den Abbau des Zolltarifs proklamierte. Jetzt haben sich die beiden Minister „verständigt“. Auf der Grundlage, das die Zölle für Kartoffeln, Zucker und Schweinefleisch erhöht werden, alle übrigen Zölle in der bisherigen Höhe bis Ende 1929 veranfert bleiben und in Beratungen über spätere Ermäßigung von Zollpositionen eingetreten werden soll. Diese Verständigung erinnert an die glückliche Ehe, bei der beide Teile ihr Recht finden: wenn Mann und Frau derselben Ansicht sind, geht es nach der Ansicht des Mannes, wenn sie verschiedener Ansicht sind, nach der Ansicht der Frau. Das betrieblische ist uns ist nur, das in den Verhältnissen zwischen den beiden Ministern der Reichswirtschaftsminister der Mann ist.

Die Sache ist aber leider nicht überhaupt, sondern sehr ernst. Die Gefahren der Hochzollpolitik sind für Deutschland besonders groß. Deshalb war es sehr zu begreifen, das die Weltwirtschaftskonferenz allen die Befreiung der Handelszolle empfohlen hat und noch mehr, das die deutsche Regierung hier führend gewolten ist. Wenn jetzt unmittelbar danach aber die deutsche Regierung mit Vorzufirsten kommt, die nur einige Leistungen der deutschen Zollzolle nach oben bedeuten, und im übrig alles beim alten lassen, so dient sie weder unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen, noch unserem internationalen Prestige. Eine solche Politik können meine Freunde nicht mitmachen. Wir werden dafür die Regierung und den Regierungsparteien die Verantwortung überlassen.

Dennoch werden wir uns nicht damit begnügen, eine rein negative Stellung einzunehmen. Allerdings ist unserer Ansicht nach eine Grenze gezogen, das es natürlich nicht möglich ist, jetzt unersichtliche Anträge auf einen systematischen Zollabbau zu stellen. Wir werden erst nach Wiederkunft des Reichstages die Aufgabe haben, die Regierung zu drängen, das ihren Worten in Genf die Taten in Deutschland folgen. Im Augenblick können wir uns nur mit den Agrarzollen im Rahmen der Regierungsvorlage befassigen. In der Begründung der Regierungsvorlage steht jedes Wort über die Verbrauchssteuer. Der Ernahrungsmittelminister scheint der Meinung zu sein, das keine eigentliche Aufgabe, für die Preisfestsetzung und Befreiung der Kolonialertrage zu sorgen, demart gelost ist, das er sich nur noch der Voranfrage für Erhöhung der Zölle auf Nahrungsmittel zu widmen braucht, deren Zweck und Erfolg regelmäßig die Steigerung der Inlandspreise ist. Aus dem Reichsminister für Ernährung ist also im Laufe der Zeit ein Minister für Verteuerung der Ernährung geworden. Es wird zu über-

legen sein, ob wir uns ein solches Vorkurfer auf die Dauer leisten können. Die Demokratische Partei hat volles Recht, sich für den Schutz der Produktion, aber nicht ohne gleichzeitig die Bedürfnisse der Verbraucher zu beachten. Das eine Braucht nicht im Gegensatz zum anderen zu stehen. Der Beweis dafür ist die Furfolge für die bandischen Betriebe, in der wir uns von keiner anderen Partei übertreffen lassen. Deshalb haben wir uns stets bemut, die Produktionsmittel des Bauern zu verbilligen, in denen die jetzigen Regierungsparteien haben das in gerade verstanden. Wir erkennen an, das die Schweinefleischpreise auf ein Niveau gekommen sind, das die Auszucht von Schweinen nicht mehr rentabel macht. Hierdurch droht ein Rückgang der Schweine und dann eine Preissteigerung. Doch das erste, was man loschwerweise dagegen tun möchte, ist wieder die Verbilligung der Produktion und wir werden deshalb erneut die Aufhebung der Futtermittelzölle beantragen. Wir werden, weil die Lage eine Konzentration der Maßnahmen erheischt, auch für die Erhöhung des Schweinefleischpreises durch greifend helfen will, wird das nur tun können, indem es auch anderen Antrag auf Aufhebung der Futtermittelzölle annimmt.

Ganz anders liegt es mit den Kartoffelzollen. Wir sind durchaus dafür, die volkswirtschaftlich unentbehrliche Einfuhr von Kartoffeln zu erlauben. Wir sind nicht dafür zu haben, den Kartoffelzoll allgemein um hundert Prozent zu erhöhen, noch dazu in einem Zeitpunkt, in dem die Kartoffelpreise einen Rekordstand erreicht haben, zumal es sich hier um eine Maßnahme handelt, die nicht dem Bauern, sondern dem Großgrundbesitzer zugute kommt.

Das die Zuckerversteuerung gem dem früheren Vorkurfer des Ministers Reinhold gefestigt werden soll, billigen wir im Interesse der Zuckerverarbeiter und der Zuckerverbraucher. Hingegen halten wir es nicht für erforderlich, die damit erzielte Vermehrung des Zuckerverbrauchs in Deutschland wieder zu erhöhen durch einen Zuckerverteuernde Erhöhung des Zolltarifs, für die unter den heutigen Verhältnissen keinerlei Bedürfnis besteht.

Wir stellen uns mithin im allgemeinen auf den Stand der Beschlüsse des Reichsrates, und wir meinen, das auch die Reichsparteien diesen Beschlüssen Beachtung schenken sollten. Oder hat der „gutmtwillige“ Fürderer der Reichsparteien immer protestieren, nach ihrer Meinung nur eine Parteiensache, soweit die Länder einem Kabinett der Mitte oder der Linken Opposition machen?

Trotzdem wird auch dann, wenn die Vorlagen nach den Beschlüssen des Reichsrates gefasst werden, die Gegenstandswert ein Produkt der Verschleppung, der Unentschiedenheit der Koalition und der mangelnden Entschlossenheit bleiben. Aber es wird dann wenigstens nicht im traffen Widerspruch zu der Haltung Deutschlands im Genf stehen und nicht eine spätere Reform unserer Handelspolitik hemmen. Wir unersichtliche werden nicht mt werden, auf diese Reform hinzuwirken, weil von ihr die Befreiung der deutschen Wirtschaft abhängt.

Was lehrt das Schlachtfeld von Verdun? Eine notwendige Juridikweisung.

Gertrud Bumer ist mit einer Frau Bertha Hindenberg-Deblrid in eine Auseinandersetzung verwickelt worden, weil diese einsehend deutschnationale Dame in der Frauenkorrespondenz für nationale Zeitungen einen offenen Brief veroffentlicht hat, den Frau Bumer aus verschiedenen Gründen nicht unbeantwortet lassen konnte. Ein Versuch, die Erwidrerung ebenfalls in der Frauenkorrespondenz für nationale Zeitungen zu lassen, scheiterte natürlich prompt, weil es, wie Gertrud Bumer in einer Zeitschrift an das „Berl. Tagbl.“ bemerkt, zwar der Weltanschauung des deutschnationalen Reichsrausenschusses entspricht, jemandem auf Grund einer irrefrhrenden Wiederholung in ausgesprochen ehrenrurigen Wendungen zu brandmalen, nicht aber, dass auch dem Angegriffenen die Möglichkeit zur Rückstellung zu geben. Unter dem erschlternden Eindruck eines Buchens des Schlachtfeldes von Verdun stellte Gertrud Bumer die Frage nach dem Fortleben der Millionen Todesopfer im Gedachnis der Nationen und damit nach dem Sinn des Krieges.

„Ist dieses ungeheure Uebermaß fruchtbar? So fruchtbar wie ein soendes Leben? Uebersteigt die Masse der Nachlebenden das erhabene Beispiel ihres Opfertodes in Ernst, Größe und Liebe ihres Alltags? Gewiß — einige und manchmal. Aber man spürt es hier — wie kaum jemals, hier, da diese saurige Bergangenheit sich eindringlich in Alltag und Gegenwart hineinsetzt: die Macht des Vergessens, die Macht des nachdrängenden Lebens, das unauffaltlich neue Menschen von denen fortzieht, deren Mitwirken hier zu Ende ging. Man spürt es bedrückend: die Magie des Heldentodes hat ihre Grenzen in der menschlichen — Trageit des Herzens? Willst du ist das zu hart gerurteilt. Der Tod dient dem Leben zur erhabenen Folie, aber das Leben kann sich nicht dauernd aus dem Anblick des Todes seine Impulse holen. Es kehrt zurück unter sein eigenes Geine. Und darum sind diese Massenopfer doch in einem tiefen Sinn unverdammend. Darin liegt die grenzenlose Schwermut dieser unaussprechlichen blutigen Hügel um den „Toten Mann“.

Diese Darstellung hat nun Frau Bertha Hindenberg-Deblrid nach Frau Bumers Feststellung, „zum Anlaß einer Denunziation genommen, deren illogische und unbedenkliche Demagogie alles übersteigt“. Gertrud Bumers Antwort fällt deshalb entsprechend scharf aus, und sie schreibt zum Schluss:

„Die Gegenwehr des Lebens gegen diese maßlose Vernichtung war Abstumpfung einerseits und eine leidenschaftliche Rückkehr zu sich selbst andererseits. Diese Wahrheit hat der Seelenerhaltung der letzten Kriegsjahre an der Nachkriegszeit den Stempel aufgedrückt und nach meinem Geheil die Tragik dieses Krieges vollendet. Ich wete nicht, wie man dieses Zerfallsbleiben der menschlichen Kraft hinter der Ungeheuerlichkeit der Geschicknisse — die furchtbare Mißverhältnisse zwischen dem, was geschah, an der Art, wie es erlebt wurde und erlebt wird, feugne kann!

Dies ist es, was der Anblick des Schlachtfeldes wieder belebt! Belebte angesichts der Gräber der Feinde, die ich vor mir hatte, aber innerlich angewendet auf unser Schicksal. Sie, Frau Hindenberg-Deblrid, mdchten, aus Gründen, die näher zu unterziehen und zu begreifen mir wet strebt, die Feststellung dieses Mißverhältnisses als ein „Verleugnung und Herabwürdigung unseres Volksgedankens“ — ich glaube, das kein wachsturiger und vor Leben und Tod ehrfurhtiger Mensch, wenn er vor diese Schlachtfelder sich den Gesamtzusammenhang des Alltagsleben vergegenwärtigt, an diesem Widerspruch vorüber kann Sie mdchten jeden Zug und jeden Satz meiner Darstellung, von dem ersten Anfang an, — dem von mir empfundenen und darum vorgestellten Gegensatz der gesamten Straße zu den Spuren der Zersturung ringsum bis zu dem peinlichen Schlusendruck (Sie verurteilen natürlich, Ihre Leser wissen zu lassen, das ich ihn als peinlich bezeichne) der alltäglichen Banalität des Stotels und seine deutsch sprechende Bedeutung. Und Sie mdchten die ganze Saltung meines Aufsatzes, der aus einem Erlosnis heraus die Frage nach dem Sinn dieses Krieges — dieser heutigen Form des Krieges stellt. Nach dem Schlacht von Leipzig führte Blücher den Kronprinzen über das Schlachtfeld, um ihm durch den Anblick der Vermurden die ungeheure Verantwortung des Krieges sichtbar zu machen. Es ist merkwürdig, das heute einer Frau nicht erlaubt sein soll, aus dem Anblick unvergleichlich viel grerer Vernichtung die Frage zu stellen, die damals der Feldherr sich und seinem König stellen durfte.“

„Ich will nicht behaupten“, schließt Frau Bumer, „das Ihre Mideutungen bewußt und gewusst sind, aber ich kann behaupten — weil ich viele Zeugnisse dafür hab —, das eine unbefangene Aufnahme meiner Darstellung auch die Menschen, die politisch Ihnen näher stehen als mir, durchaus erfasst hat, was ich sagen wollte. Und ich gestalte mir, mit dem gleichen Ernst, mit dem ich die Bilanz (ich wiederhole das Wort trotz ihrer Kritik) des Krie-

einem einzigen Eindruck erleben, Ihnen auszusprechen, daß es nach meiner Überzeugung keine größere Aufgabe an unserm Volk und an den Aufgaben unserer Zeit gibt, als die Praxis der Entstellungen, wie Sie...

Die Arbeit der Demokratischen Reichstagsfraktion

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat nachstehendstehend eingeträchtigt. Der Reichstag wolle beschließen, die Reichstagsangelegenheiten, bevor sie ihre Arbeit eines Reichstages der Reichstagsangelegenheiten, bevor sie ihre Arbeit eines Reichstages der Reichstagsangelegenheiten...

Wahlrecht und Arbeiterrechte.

Es ist mitgeteilt worden, daß im Entwurf des Reichsgesetzes über die Wahlrechte in Aussicht genommen, die eine Erweiterung des Wahlrechts bei der Einführung von Wählern bezwecken. Sie haben die Verbindung von Arbeiterrechten und die Sicherung der Erhaltung...

Die Geburt des Reichsschulgesetzes.

Die Rolle spielt Dr. Vöfler? Die Reichstagsfraktion hat aufgefunden, daß bei den Verhandlungen über das Reichsschulgesetz, soweit sie im Reichstag geführt werden, die Rolle des Dr. Vöfler eine wichtige Rolle spielt. Es muß deshalb gesagt werden, daß die Reichstagsfraktion die Rolle des Dr. Vöfler eine wichtige Rolle spielt...

Das Liquidationsfahndengesetz?

Die demokratische Reichstagsfraktion (Koh, Feil) hat nachstehende Interpellation eingebracht. Die Reichsregierung hat in verschiedenen Kundgebungen die Vorgabe eines Gesetzentwurfes zur Einführung der Liquidation der Liquidierten und Verurteilten angelegt. Seit fünf Monaten warten die Parteien und die Kreise der Geschädigten auf eine Stellungnahme der Regierung...

Wahlrechtsänderungsgesetz.

Die württembergische demokratische Landtagsabgeordnete hat an das württembergische Staatsparlament nachstehenden Brief gerichtet: Die württembergische demokratische Reichstagsfraktion hat an das Reichsfinanzministerium in Berlin ein Ent-

wurf zur Endregelung der Liquidations- und Gewaltverhältnisse-Versicherung des Reiches vorbereitet, dessen Sache eine sichere Veranlagung aller beteiligten Kreise hervorgerufen haben und eine völlige Veranlagung der wirtschaftspolitischen Bedeutung der auslanddeutschen Arbeit für die deutsche Volkswirtschaft darstellen.

Die Reichstagsfraktion hat durch den Verfall der Vertrag geschaffen ist und durch den Vertrag des Reiches vor dem Haager Schiedsgericht von Seiten des Reiches anerkannt ist, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Die Verabschiedung des Gesetzes steht noch auf dem Arbeitsprogramm des Reichstages, das Kabinett wird sich mit ihm in den nächsten Tagen zu beschäftigen haben. Neben den Hauptstädten dürfte Württemberg am stärksten an einer gerechten und lokalen Regelung des schwierigen Problems interessiert sein.

Als Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Landtagsfraktion und in deren Auftrag richte ich an das Staatsministerium das ergebene Ersuchen, bei der Behandlung dieses Gesetzes im Reichstag mit allem Nachdruck für eine angesehene, den Grundbesitz der Billigkeit entsprechende Entschädigung der liquidierten und verdrängten Deutschen einzutreten.

Aus der Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion Nationale Landwirtschaft.

Im landwirtschaftlichen Ausschuss des Preussischen Landtages wurde der demokratische Antrag Meinde auf Verbesserung und bessere Ausnutzung der landwirtschaftlichen Statistik vom demokratischen Abgeordneten Feisch (Schleswig) eingehend begründet. Die bäuerliche Landwirtschaft habe das größte Interesse an einer sachgemäßen und zuverlässigen Anbau-, Ernte- und Viehstatistik. U. a. sei die rechtzeitige und genaue Kenntnis des Bestandes von Futtermitteln und Schweinen die erste Voraussetzung, um die sprunghaften Schwankungen in den Schweinepreisen einzuschränken; Schweinezucht und -mast müssten in geregelte Bahnen gebracht werden, was für die kleinbäuerliche Landwirtschaft, aber auch für Händler, Metzger und vor allem für den Verbraucher von größter Bedeutung ist.

Der demokratische Antrag Barteld (Hannover) gegen die Klammere Reichsbahn für Einführung von ausländischem Gemisch fand ebenfalls Annahme. Von einem Regierungsdirektor wurde mitgeteilt, daß die preussische Regierung sofort bei der Reichsregierung vorstellig geworden sei. Die Reichsbahn habe erklärt, daß die Klammere Reichsbahn - der Vertrag laufe ein Jahr - nicht sofort entfernt werden könnten. Jedoch sollen beschädigte Klammere Reichsbahn nicht mehr erneuert werden. Es könne damit gerechnet werden, daß die Klammere Reichsbahn in der Weizhahl schon heute verschwinden seien.

Steuer für Wachsuhne.

Der preussische Landtagsabgeordnete Wachhoff de Wente (Deutsche Demokratische Partei) hat nachstehende Anfrage eingebracht:

Das Preussische Oberverwaltungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 28. 1. 26 dahin erkannt, daß die Steuer für Wachsuhne keine Sondersteuer auf einzelne Betriebsmittel der Landwirtschaft im Sinne des § 15 des Finanzausgleichsgesetzes sei. Im wesentlichen begründet das OVG, seinen Spruch mit einem rein betriebswirtschaftlichen Sachverhalt, wobei es aber in den Bedingungen und Umständen der Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen, in die Zire geht. Wir fragen das Staatsministerium:

Ob es zurecht, die nachgeordneten Behörden anzuweisen, daß landwirtschaftliche Wachsuhne unter die Vorschriften des § 15 des Finanzausgleichsgesetzes fallen, um die durch den Spruch bewirkte steuerliche Benachteiligung eines landwirtschaftlichen Betriebsmittels zu vermeiden?

Bildung der früheren Holzvollrentner?

Von Ernst Meinde, Mitglied des Preuss. Landtages. Die Demokratische Partei hat im Preussischen Landtag einen Antrag gestellt, der für die landwirtschaftliche Siedlung mit Rücksicht auf die schwache wirtschaftliche Lage der Siedlungsbewerber von großer praktischer Bedeutung ist. Es wird beantragt, die infolge des Hohenzollernvergleichs in das Eigentum des preussischen Staates übergegangenen Güter in gleicher Weise wie die Staatsdomänen und zwar mit möglicher Befreiung für Siedlungsbewerber zur Verfügung zu stellen, also diese Großbetriebe gemäß einem von preussischen Landtage angenommenen demokratischen Antrag unter besonderer Berücksichtigung der eingewiesenen Landarbeiter, Gutsbesitzer und dergl. in bäuerliche Pachtbetriebe umzuwandeln. Ferner möchte aus diesen Großbetrieben entsprechend einer Regierungserklärung vom Februar 1926 in ausgiebigem Maße Land zur Hebung von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben (Kleinrentner) bereitgestellt werden. Bei der Abgabe von Staatsdomänen handelt es sich insbesondere um die bedeutende Fläche der Staatsregierung, daß in den neuen allgemeinen Pachtbedingungen für die Staatsdomänen eine Befreiung aufgenommen wird, nach der die Pächter verpflichtet sind, im Rahmen des Pachtvertrages eine bestimmte Anzahl von landwirtschaftlichen Kleinrentnern zu übernehmen. Im übrigen soll auch da, wo schon ein Anliegerverordnungsverfahren abgeschlossen ist, die Landanträge aber nicht alle befriedigt werden

könnten, vor Neuverpachtungen nochmals das Landbesitzverhältnis geprüft und dabei über den gelieblichen Betrag von 10 Prozent hinaus Land abgegeben werden.

Ein Staatssekretär für die Bauern!

Aus Kreisen der preussischen landwirtschaftlichen Verwaltung wird dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ geschrieben: Der Regierungspräsident Krüger (Lüneburg) ist anstelle des Staatssekretärs Ramm, der in den Ruhestand tritt, Staatssekretär im preussischen Landwirtschaftsministerium geworden. Die deutschnationale Presse ist mit dieser Beförderung sehr unzufrieden, weil Krüger Sozialdemokrat ist. Der Hauptgrund ihres Zornes wird aber der sein, daß Krüger sich durch Tat, Wort und Schrift für die bäuerlichen Kreise eingesetzt hat, die nicht nur die größte Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen darstellen, sondern vor allem auch den größten Teil der Volksernährung zu besorgen haben. Auch wird den konservativen Großgrundbesitzern nicht annehmbar sein, daß Krüger besonderes Interesse für die staatliche Förderung der Destandkulivierung bewiesen hat, also das Werk fortsetzen wird, um das sich Herr Ramm besonders Verdienste erworben hat und das gerade von konservativer Seite, insbesondere von Landbund und den Landwirtschaftsamtern, so lebhaft bekämpft worden ist.

Sehr bemerkenswert ist, daß man sich jetzt auf konservativer Seite endlich einmal der Ansprüche der atademisch gebildeten Landwirte erinnert, für die man besonders in der Fortsetzung gar nichts übrig gelassen hat. Ist denn etwa der Favorit der konservativen Großgrundbesitzerkreise, den sie gerne in der Stelle des Staatssekretärs gesehen hätten, ein Berufslandwirt oder ein akademisch gebildeter Landwirt? Hat man nicht gerade aus diesen Kreisen einen Mann propagiert, dessen Verdienste bestenfalls sehr unrichtig und der lediglich juristisch vorgebildeter Verwaltungsmann ist? Hatte denn nicht gerade dieser Herr bisher bewiesen, daß er dem Streben der Techniker, ihre Dienstwege selbst zu leiten, in der Landesverwaltung die allergrößte Schwierigkeiten entgegensteht? Darf man vielleicht auch noch daran erinnern, daß sich vor einigen Jahren großes Geschrei erhob, als die Leitung der preussischen Domänenabteilung endlich einmal einem wissenschaftlich gebildeten Landwirt, der freilich Republikaner ist, übertragen wurde? Hat nicht die Bürokratie im preussischen Landwirtschaftsministerium noch in jüngster Zeit gerade einen besonders verdienten, im In- und Ausland anerkannten landwirtschaftlichen Forscher in unglücklicher Weise suspendiert, so daß dieser aus der preussischen landwirtschaftlichen Verwaltung ausgetreten ist?

Wir wollen hoffen, daß in der so wichtigen preussischen landwirtschaftlichen Verwaltung, besonders auch der für das landwirtschaftliche Siedlungswejen verantwortlichen Landeskulturverwaltung, das juristisch bürokratische Element in der Leitung vollkommen überwiegt. Der Techniker, dem die forschende Entwicklung der Landwirtschaft des vorigen Jahrhunderts zu verdanken ist, darf in Zukunft nicht nur Gutachter sein, sondern muß auch der Leiter der leitendsten Dienstzweige sein.

Es ist kein Zweifel, daß gerade in der preussischen landwirtschaftlichen Verwaltung, besonders auch der für das landwirtschaftliche Siedlungswejen verantwortlichen Landeskulturverwaltung, das juristisch bürokratische Element in der Leitung vollkommen überwiegt. Der Techniker, dem die forschende Entwicklung der Landwirtschaft des vorigen Jahrhunderts zu verdanken ist, darf in Zukunft nicht nur Gutachter sein, sondern muß auch der Leiter der leitendsten Dienstzweige sein.

Politische Notizen.

Bayerische Kojeworte.

In einer Verlesung des Nürnberger Reichsbanners, in der Oberbürgermeister Luppe gesprochen hatte, unterbrach ein Zuförer den Redner mit den Worten: „Schwarz-rot-dreifarbig“. Das Schöffengericht verurteilte den Hauer wegen dieser Beleidigung der Reichsbanner zu 50 A Geldstrafe. In der Berufung erfolgte Freisprechung, einmal weil das Gericht dem Zwischenruf die Ausrede glaubte, daß er nicht die Reichsbanner, sondern die Farben des Reichsbanners gemeint habe. Aber diese Ausrede genügt offenbar nicht, um Freisprechung zu erreichen, so daß zur Sicherung der weitere Nachweis verlangt wurde, daß der Ausdrud „Dreifarbig“ in Bayern überhaupt keine Beleidigung sei. Man bemerkt sogar einen Philologen als Sachverständigen, der dem Gericht Beispiele dafür vorstelt, aus denen sich ergeben sollte, daß „Dreifarbig“ im bayerischen Volksmund sozusagen ein Kojewort sei. Der Philologe erwähnte ein Beispiel, daß man in Bayern von einem Kind als von einem „kleinen Dreifarbig“ rede. Deshalb könne man auch in dem Gebrauch des Wortes „Dreifarbig“ auf die Reichsbanner eine Beleidigung nicht erblicken...

Die Umzugskosten eines Segementers.

Der Ausschuss für Beamtenfragen im Preussischen Landtag hatte über die Eingabe eines Segementers zu verhandeln, der um den teilweise Erlass seiner Umzugskosten bat. Nach den Angaben des Berichterstatters, des Abgeordneten Bartold, ist der Segementers, der früher im Dienst der Hofkammer beschäftigt war, nach langjähriger Tätigkeit in den Ruhestand versetzt worden. Er hat bei dieser Gelegenheit seine Dienstwohnung für seinen Amtsnachfolger räumen müssen. Da der preussische Staat selbstverständlich in solchen Fällen die Umzugskosten ganz oder teilweise erstet, so hat der Segementers auch die Hohenzollernsche Verwaltung darum gebeten, ihm die Umzugskosten zu einem Drittel zu erstehen. Das hat merkwürdigerweise die Hofkammerverwaltung abgelehnt, und auch in einem anderen Fall hat der Bevollmächtigte des Hohenzollernhauses erklärt, daß ein solcher Antrag aus prinzipiellen Gründen nicht entprochen werden könne.

Der Vertreter des preussischen Finanzministers wies bei den Verhandlungen darauf hin, daß, wenn überhaupt ein Erfolg der Umzugskosten in Frage komme, dieser von der Vermögensverwaltung des ehemaligen Königshauses zu leisten sei. Diese habe aber erklärt, daß sie für solche Zwecke keine Mittel befinde und hat den Erfolg der Umzugskosten glatt abgelehnt. Diese Mitteilung des Regierungsvortreters erregte naturgemäß im Ausschuss für Beamtenfragen ein sehr erhebliches Kopfschütteln. Denn es kam doch wohl keinem Zweifel unterliegen, daß bei der Auseinanderlegung, die zwischen den beiden Parteien mit dem ehemaligen Königshause vorgenommen hat, dieses sehr wohl in der Lage wäre, die lächerlich geringen Beträge für die verdienten Beamten, die ihm unterstanden haben, bereit zu stellen. Der Ausschuss hat infolgedessen beschlossen, die Eingabe dem Staatsministerium zur Erwägung zu überweisen mit der Maßgabe, daß nachmals mit der Vermögensverwaltung des früheren Königshauses darüber verhandelt werden soll, daß dem in Frage kommenden Beamten die erbetene Entschädigung der Umzugskosten gewährt wird. — Der ganze Fall ist außerordentlich bezeichnend für die Einstellung der ehemaligen Krone. Das ist der Dank vom Hause Hohenzollern!

Ein gefälliger vollparteilicher Angriff gegen Dr. Reinhold.

Der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Morath hat am Montag, den 27. Juni, im Haushaltsausschuss behauptet, Dr. Reinhold habe als Reichsfinanzminister im vorigen Jahre Vertreter von Beamtenorganisationen auf die Frage, wie er sich zur Erhöhung der Beamteneinküfte stelle, die Antwort gegeben: So lange er Reichsfinanzminister sei, hätten die Beamten keine Kürzungen der Gehälter zu befürchten. Das sei alles gewesen, was Dr. Reinhold für die Beamten übrig gehabt habe. — Es handelt sich hier um eine überaus böswillige Verdrehung. Die behauptete Leistung hat Dr. Reinhold getan, aber, wie Abg. Brodauf (Dem.) am Freitag, den 1. Juli, im Haushaltsausschuss feststellte, in einem ganz anderen Zusammenhang.

Am 10. Februar 1926 fand zwischen Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten und dem damals eben erst angetretenen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold eine Besprechung über Beamtenfragen statt. Wie ein damals vom Deutschen Beamtenbund herausgegebenes Rundschreiben ergibt, wurde Dr. Reinhold neben drei anderen Fragen auch noch die Frage vorgelegt, was an

den Gerichten sei, wonach auch das Reichsfinanzministerium Erwägungen über eine Kürzung der Beamtengehälter zugänglich sei. „In seiner Erwiderung“, so besagt das erwähnte Rundschreiben, „erklärte der Minister, daß im Reichsfinanzministerium dergleichen Abhilfe nicht vorhanden seien und daß jedenfalls, solange er Reichsfinanzminister sei, auch von dergleichen Plänen keine Rede sein könne.“

Aus dieser ganz sachlichen Beantwortung einer von ihm gestellten Frage dreht also der Abg. Morath den Dr. Reinhold einen Strich, indem er die Antwort des Ministers in einen ganz anderen Zusammenhang bringt, dergestalt, daß die Antwort des Ministers geradezu als eine Verhöhnung der Beamtenschaft erscheint. Abg. Morath hatte noch die Stirn, am Schluß der Verhandlung im Haushaltsausschuss in einer persönlichen Bemerkung zu sagen, Abg. Brodauf habe durch seine Feststellungen nur das bestätigt, was er, Morath, über Dr. Reinhold gesagt habe. — Befamntlich kann auf eine persönliche Bemerkung nicht erwidert werden, und gerade darin, daß Herr Morath diese persönliche Bemerkung benutzte, um sachliche Behauptungen aufzustellen, liegt eine besondere Ungehörigkeit.

Saison-Ausverkauf

Herren-Anzüge	48.00	41.00	37.00	28.00
Burschen-Anzüge	31.50	29.50		22.00
Loden-Mäntel	27.00	17.50		15.95
Gummi-Mäntel	32.00	28.00		17.50
Anzugstoffe	19.50	18.50	14.00	4.75
Sommer-Waschjoppen		5.50		4.25
Stoffhosen	12.50	11.00	9.25	5.00

Damen-Lackschuhe	11.00	10.75	10.00	9.50
Damen-Halbschuhe	farbig	14.25	11.50	10.25
Damen-Leder-Spangensch.		9.50	8.25	7.25
Herren-Stiefel	15.75	14.75	12.50	9.25
Herren-Halbschuhe	schwarz	16.50	13.25	9.50
Kinder-Stiefel	4.10	3.75		3.25
Kinderlackschuhe	6.50	4.50		4.00

Konsum-Berein

Jacobstraße 42

für Magdeburg und Umgegend.

Jacobstraße 42

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“

Bes. Ad. Thirnagel.

Abfahrtsstelle:
Petritschder (Herrenkr.-Wartehalle)

Abfahrtsstelle:
Petritschder (Herrenkr.-Wartehalle)

Berfordampfer-Verkehr
Magdeburg - Hohenwarthe - Niegripp

Sonntags:
Samstags . . . 7, 8 und 10 Uhr
Sonntags . . . 9, 10 und 12 Uhr
bis Niegripp: Samstags 7 Uhr, sonntags 2 Uhr
Wochentags bis Hohenwarthe: Sam. 8 Uhr, nachm. 2 Uhr
Montags, Mittwochs und Sonnabends bis Niegripp: . . . 8 Uhr
Sonntags . . . 8 Uhr
Veränderungen vorbehalten!

Otto Krietsch, Schiffahrtsgeschäft
Werkestraße 34. Telefon 392.

J. BORMANN

Große Mühlstraße 2

Koffer :: Reiseetaschen :: Damen-Handtaschen :: Besichtigungen :: Kartenmappen :: Ansichtskarten :: Sportartikel sowie andere Geschenkartikel.

Werbt neue Abonnenten!

Hohenzollern-Park.

Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 3 1/2 Uhr
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.

Parkrestaurant Vogelgesang

Täglich Konzert.
Der Rosengarten steht in voller Blüte.

Park-Restaurant Herrentrau

Inhaber: Wilhelm Westphalen.
Bancheimer und Schöne Aussicht Magdeburgs
kann man herrlicher genießen. Günstiger, umfangreicher Ausblick.
Telefon 706 und 6386.

Mittwochs und Sonntags
Große Konzerte
Opern, Couper, ff. Weine und Bier.

Demokraten!

Beteiligt Euch an dem
Stammisch
jeden Dienstag ab 8 Uhr im
Hotel Weißer Bär.

Die Hilfe

Halbmonatsschrift für
Politik, Literatur und Kunst

Begründer:

D. Friedrich Naumann

Herausgeber:

Anton Erkelenz

und

Dr. Gertrud Bäumer

M. d. R.

Preis 4,50 M. im Vierteljahr

Man bestellt bei der Post,
beim Buchhändler oder beim
Verlag Ernst Bittorf, Berlin
E2, Breite Straße 8-9

Fußbodenholzmaten
Jalousien, Rolläden,
Reparaturen, Reparaturmaterial.
Jalousiefabrik Schmidt,
gegründet 1871.
Magdeburg, Heiligengeiststr. 24, Tel. 922.

Möbeltransport
und
Wohnungstausch
Hermann Köpf
Schöneacker 5 - Telefon 6025
Reelle Bedienung
ist das Ziel
Karlstraße

Druck-sachen

für Vereins-u.

Privatbedarf

stellt preiswert her

die Buchdruckerei

Hugo Alpers

Delitzsch - Hallesche Straße 1

Salzquelle

Jeden Sonntag:

Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Von der Reise zurück
Dr. Simon

Augenarzt.

Lieferant für
Kartoffeln - Wiesen
Klee - Luzerneheu
geschickt
J. Gille, Berlin-Halen
Fennruf Pätzburg 5385

Schönheitslehre

mögen es sein Sommerprossen, Dornbar, Pickel, Mieser, Leberflecken usw. kann jeder mit geringen Kosten leicht gründl. beseitigen durch **„Faber“**, Köln, Postfach

Demokraten

Unterstützt Eure Presse
Kauft bei den Firmen, die in un-
serer Wochenschrift inserieren.

Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 29 2. Blatt

Halle (S.), den 16. Juli 1927

3. Jahrgang

Die Kriegsschuldfrage.

Von W. Nowa d.

Solange es einen Artikel 231 gibt, wird es in Deutschland eine Bewegung gegen diesen Artikel geben. Verborg.

Wichtige Male sind im Laufe der Weltgeschichte und Recht für die Begründung von Kriegen vergeben worden. Aber selten ist das in einer Form gegeben, wie sie die Sieger von Versailles und ihren Anhängern um die Opfer des Weltkriegs vor ihren Augen haben. Um die Opfer des Weltkriegs vor ihren Augen zu rechtfertigen, haben sie den Augenblick tiefer nicht Deutschlands dazu benutzt, uns zu einer Unterwerfung unter das Schicksal unserer Alleinvertreter zu bringen. In den Verträgen von Versailles und dem Einverständnis der Sieger, die die Verantwortlichen des Weltkriegs hinstellen als „die Schuldigen“ für den Weltkrieg, jenes größte Verbrechen der Menschheit und gegen die Freiheit der Völker, es eine sich für jenseitig ausgebende Nation niemals empfinden getan hat.“

Und dem ersten Augenblick an hat Deutschland, haben Parteien gegen diese Beschuldigung ihre Stimme erheben lassen. Inzwischen ist die Kriegsschuldfrage, sind die Veröffentlichungen der russischen Dokumente, durch russische Altpublikationen die Kriegsschuldfrage gegen Deutschland dokumentarisch widerlegt. Die aller aller Völker der Welt haben diese Aufklärung nicht abfordern. Die mühsigen Aufstände eines Morel, Marguerite, die vielfachen Erklärungen vornehmlich demokratischer und sozialistischer Führer des Auslandes nicht ohne Eindruck geblieben, haben aber zu einer Lösung oder Einschränkung der Anlagen noch nicht geführt. Der selbstverständliche Kampf Deutschlands muß fortgesetzt werden.

Der Stahlhelm hat sich nun vor kurzem bemüht gegen die Kriegsschuldfrage aufzutreten. Zu diesem Zweck hat er den „Entwurf eines Gesetzes gegen die Kriegsschuldfrage“ ausgearbeitet und den Reichstagsparteien vorgelegt, um bis zu den Wahlen zugestimmt zu werden. Dieser Entwurf zu eigen zu machen. Nach diesem Gesetz, der — ob In- oder Ausländer — auf dem Boden der Alleinvertreter oder auch nur die Mitverantwortung des Weltkriegs beschränkt, mit Justizstrafen und dem dauernden Verlust der bürgerlichen Rechte bestraft. Die Wirkung eines solchen Gesetzes ist unüber das so diffizile Thema bedeutet. Der augenscheinliche Erfolg wäre, daß jene nationalistischen Kräfte, die ein Interesse an der formalen Aufrechterhaltung der in Versailles festgelegten Alleinvertreter Deutschlands haben, beschränkt werden, daß bei dieser Anstrengung in Deutschland nicht die Wahrheit — in ihrem vollen Umfang — gelagt werden dürfte. Man kann sich kaum ein schärferes Verständnis in der Einschätzung politischer Handlungen und Wirkungen vorstellen, als es in jenem Stahlhelm-Entwurf zu Tage tritt. Immerhin interessiert sich jeder zu hören, was der Stahlhelm sich bei dieser Sache hat. Auf der Tagung des „Arbeitsausschusses über den Stahlhelm“ in Goslar hat der Redakteur der Zeitschrift des Stahlhelms, Dr. Braumüller, eine Erklärung abgegeben, in der er sagte, daß der Stahlhelm ein solches Gesetz für nötig erachte, damit im Reichsgesetzblatt nur immer Bestimmungen des Versailler Vertrages veröffentlicht würden, sondern auch dort einmal die Bedeutung der Kriegsschuldfrage offiziell zum Ausdruck kommen. Ueber die tatsächlichen Erfolge, die der Stahlhelm davon verspricht, schweigt er sich aus, gab statt dessen zu, daß ein solches Gesetz auch besser gemacht werden könnte. Besteres beständige ihm die zum großen Teil ausbleibenden, die mit dem Stahlhelm sympathisierenden, gutgemeintesten und Temperamenten zusammengesetzten Versammlung erkennen, daß die Herausgabe am Wort, Auffstellung kraftvoller Thesen und Resolutionen einem jeden, sachlichen politischen Verständnis zu weichen ge-

gibt. Man darf hierin sicherlich die ersten Anzeichen der erzieherischen Wirkung des demokratischen Systems in der Behandlung politischer Fragen feststellen.

Dieses Ereignis hat auf den Boden der Sachlichkeit gab schon dem Geschichtsbericht, in dem über die Entwicklung der Kriegsschuldfrage im Laufe der letzten Jahre Aufschluß gegeben wurde, das Gepräge. Mit aller Offenheit wurde eingestanden, daß tatsächliche Erfolge ausgeblieben sind. Die Behauptung, daß nicht lautes Schreien, sondern nur die gründliche Arbeit die Kriegsschuldfrage klären helfen, war eine deutliche und begründete Wertung der Arbeit. Wichtig ist auch das Eingeständnis vor sich selbst, daß die Bereinigung der Frage nicht auch sofort die Aufhebung der materiellen Bestimmungen des Versailler Vertrages mit sich bringt, sondern daß sie nur ein Hilfsmittel zur Lösung der Bindungen des Vertrages ist. Dadurch wird die Kriegsschuldfrage nicht zu einer minder wichtigen herabgedrückt, denn wir alle haben ein Interesse daran, daß diese ungerechte Anstrengung des gesamten Deutschlands vor dem Forum der Geschichte und den Augen der Welt aufgehoben wird. Es nützt uns aber wenig, wenn wir uns untereinander unsere Unschuld beugehen. Viel wichtiger ist es, daß wir mit dem Ausland in eine gegenseitige Auseinandersetzung gelangen. Das kann man allerdings nicht dadurch erreichen — wie es vorge schlagen wurde — daß man die deutsche Regierung verpflichtet wird, bei jeder offiziellen Erklärung des Auslandes, die als im Sinne des Artikels 231 erfolgt aufgefaßt werden könnte, einen Protest abzugeben. Unausbleiblich wären anfangs politische Komplikationen, an deren Vermeidung uns aber liegen muß; später würden unsere Protesten und Proteste launlos verschwinden. Man kann sich kaum ein geeigneteres Verfahren vorstellen, um uns in der Welt unbekannt zu machen und der Beilegung der Kriegsschuldfrage überflüssige Hindernisse in den Weg zu legen.

In den Referaten zweier demokratischer Redner wurden dagegen Vorschläge gemacht, die besser und sicherer vorwärts zu führen geeignet sind. Vielleicht kann man sich den Standpunkt zu eigen machen, den Professor Jährow vertritt, indem er erklärt, daß wir gar nicht die Forderung der einen Widerruf des Artikels 231 von der Gegenseite verlangen brauchen, sondern daß uns schon juristisch und moralisch eine Anerkennung der Wiederholung unseres 1919 bei der Unterzeichnung abgegebenen Protestes genügen könnte. Eine solche Art des Vorgehens hat sicherlich das eine für sich, daß sie der andern Seite eine formale Zurücknahme, die immer sehr schwer fällt, erspart und uns doch die notwendige Gerechtigkeit widerfahren läßt.

Privatdozent Dr. Wommsen jedoch sah eine Förderung der Kriegsschuldfrage in unserer ehelichen Mitarbeit an allen der Bestrebungen, die die Verständigung der Völker verfolgen und damit auch zu einer Bereinigung der vom Kriege hinterlassenen Atmosphäre bereit sind. Gelingt es mit unserer Arbeit die weltpolitische Atmosphäre zu klären, so haben wir damit auch für die Beilegung der Kriegsschuldfrage einen geeigneten Boden gefunden. Jedenfalls ist es nicht nur sachlich unmöglich, sondern auch politisch falsch, die Kriegsschuldfrage etwa mit denen der Reparationen, der Kolonien, des Völkerbundes zu verknüpfen. Wohl ist der Völkerbund ein Forum, vor dem wir eines Tages, wenn die Weltstimmung gehend ist, auch die Kriegsschuldfrage vertreten können. Vorzeit sind aber dort realere Fragen wie die der Räumung des Rheinlandes für uns dringlicher. Es ist falsch und würde von der Bevölkerung des besetzten Gebietes nicht verstanden werden, wenn wir eine solche lebenswichtige Angelegenheit zugunsten der Aufhebung einer formellen Bestimmung, wie der des Artikels 231, zurückstellen wollten. Die Bewegung gegen die Kriegsschuldfrage wird sich in erster Linie auf die wissenschaftliche Arbeit beschränken müssen, damit sie der Politik im entscheidenden Moment das Material zur Hand geben kann.

Uebrigens hat der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, dessen Kuratorium Vertreter aller Parteien (außer den Kommunisten) angehört, mit seiner Arbeit bereits den Anfang auf diesem Weg gemacht. Der Verlauf der Tagung in Goslar läßt erwarten, daß der Arbeitsausschuß gewillt ist, in Zukunft noch mehr auf diesen Weg einzugehen.

Die objektive Betrachtung der Unterlagen für den Kampf gegen den Artikel 231 zwingt übrigens allein schon auf diesen Weg. Zwei große Gruppen des Materials sind es: die Altpublikationen und die Stimmen aus den

demokratischen und sozialistischen Lagern der Welt. Mit den ersten wird erwiesen, wie die Reaktionen, die Militärs und die Nationalisten die Völker in das Unglück des Weltkriegs führten, die anderen zeigen, wie die wahren Vertreter der Verhinderung solcher Katastrophen und der Herbeiführung dauernder friedlicher Beziehungen unter den Völkern zu suchen und zu finden sind. Vor allem unsere Rechtspolitiker werden bei sachlichem Studium — anstatt parteipolitischer Ausbeutung — der Kriegsschuldfrage die Juwelen der menschlichen Gedanken anerkennen müssen. Und auch damit wäre im allseitigen Interesse schon einiges gewonnen.

Gehöhte Portogebühren im November? Der Sparkommissar prüft.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags sollte sich in seiner letzten Sitzung befassen mit dem Verhältnis des Sparkommissars zur Reichspostverwaltung. Der Reichspostminister erklärte, daß ihm das Eingreifen des Sparkommissars nur erwünscht sein könne, denn seine Bestrebungen gingen in gleicher Richtung und er habe längst einen eigenen Sparkommissar und eigene Wirtschaftsabteilungen zum Zwecke der Kostenersparnis eingerichtet. Er habe auch schon mit dem Reichspostminister entsprechende Verhandlungen gepflogen.

Daß aber die Einigkeit zwischen beiden bisher doch nicht gerade hervorragend gut gewesen ist, ging daraus hervor, daß der Sparkommissar selbst es denn für notwendig hielt, diese entgegenkommenden Erklärungen des Reichspostministers ausdrücklich hervorzuheben. Er fügte hinzu, daß gerade im Postwesen seine Tätigkeit wegen der großen Komplikationen der Postverhältnisse und wegen der gewaltigen Zahl der Angestellten sehr schwer sei und daß er voraussetze, daß der Herr Minister ihm aus seiner Verwaltung die nötigen geschulten Hilfskräfte zur Verfügung stelle.

Der Ausschuß benutzte aber diese Gelegenheit, um in eine Besprechung der geplanten Postgebührenerhöhung einzutreten. Man sei den des Abgeordneten Hans Börsing (SPD) wurde betont, daß die ganze Gebührenerhöhung ihren Ausgang genommen habe davon, daß die Anleihe der Post auf 300 Millionen Mark, die im Haushalt zur Abgleichung des Postdefizits benötigt sei, auf Schwierigkeiten stöße und daß namentlich der Postminister sich durch Erhöhung der Gebühren zu helfen suche. Wenn auch eine Anleihe in dieser Höhe im Inlande kaum aufzubringen sei, so könne man eine Auslandsanleihe, die ohne jede große Schwierigkeit zu haben sei, in Aussicht nehmen.

Der Postminister erwiderte, daß er mit einer Inlandsanleihe in Höhe von 150-170 Millionen Mark rechne, wenn auch noch nicht abzusehen sei, woher er das Geld bekommen werde. Er legte dann einen ausführlichen Brief des Reichsfinanzdirektors vom 4. Juli vor, das vor Auslandsanleihen entschieden warnte. Fast alle weiteren Redner der verschiedenen Parteien machten diesen Brief der Reichsbank zum Gegenstand der Kritik und wiesen darauf hin, daß der Reichsbankpräsident Schacht, der ja in Amerika weilte und diesen Brief seines Direktors nicht unterzeichnet hat, zurzeit offenbar seinen Widerstand gegen Auslandsanleihen aufgegeben habe. Das ginge schon daraus hervor, daß die Stadt Berlin vor wenigen Tagen eine Auslandsanleihe von 70 Millionen Mark aufnehmen konnte und daß auch die Rentenbank beabsichtige, für Siedlungszwecke eine ähnliche Anleihe aufzunehmen.

Hg. Dr. Raschig (Dem.) machte geltend, daß gemeinlich das Postwesen in mancher Hinsicht reformbedürftig sei. So seien erhebliche Verkehrsummen zu leisten, die beim Postaufwende erhebliche Summen zu bedürftig würden. Dem trat der Reichspostminister entgegen. Er machte geltend, daß der Verwaltungsrat demnach eine ausführliche Darstellung des Postaufwendeverhältnisses einbringen würde, aus der hervorgehe, daß es sogar mit einem kleinen Ueberschuß abschließen. Dr. Raschig wies aber darauf hin, daß die Ansicht allgemein verbreitet sei, der Postminister werde schon in den nächsten Tagen mit seiner neuen Gebührenerhöhung, die im wesentlichen der früheren entspreche, herauskommen. Kein Mensch müde der Post zu, daß sie mehrere Jahre, wie der Postminister ausgedrückt habe, mit Verlust arbeite. Aber selbst wenn die Post zurzeit einen Verlust erleihe, so sei sie doch hermaßen fest fundiert, daß einige Monate Verlustwirtschaft-

D. D. P. Magdeburg.

Demokraten! Rüstet zur Verfassungsfeier am Donnerstag, den 11. Aug., nachmittags 5 1/2 Uhr im Hohenzollernpark.

schaft ihr nicht ernsthafte Sorgen bereiten könnten. Er hat dringend, die angeforderte Gehörsvorlage bis zum 1. November d. J. zu beschließen, um man wenigstens einen Überblick über das halbe laufende Etatsjahr haben werde und wo man vielleicht auch mit einem wenigstens vorläufigen Bericht des Sparkommissars werde rechnen können.

Der Postminister antwortete auf diese Anregung nicht, doch war der allgemeine Eindruck der, daß man hoffen kann, die Verlesung der Gehörsvorlage um vier Monate sei zu erwarten.

Parteinachrichten

Demokratischer Preuentag in Berlin.

Die Deutsche Demokratische Landtagsfraktion hat einstimmig beschlossen, am 22. und 23. Oktober d. J. in Berlin im Landtagsgebäude einen großen preussischen Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei zu veranstalten. Die einzelnen Wahlkreise erhalten dazu auf je 3000 bei der letzten Wahl abgegebene Stimmen einen stimmberechtigten Delegierten zugewiesen.

Dr. Hummel in München.

Anlässlich der Handwerksausstellung in München am 27. Juni 1927 hat die Handwerksgruppe des Enquete-Ausschusses (oder, wie er mit seinem vollen Namen lautet, des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft) dort eine Sitzung abgehalten. Vorsitzender dieser Gruppe ist bekanntlich unser Reichstagsabgeordneter Staatspräsident a. D. Dr. Hummel. In seiner, die Tagung einleitenden Ansprache, berichtigte Dr. Hummel über den gegenwärtigen Stand d. Untersuchungen. Er wies darauf hin, daß neben der Feststellung konkreter Zustände bei den Erhebungen der Handwerksgruppe vor allem auch starke Rationalisierungsbestrebungen innerhalb des Handwerks berücksichtigt werden müßten. Nur bei genauer Kenntnis dieser letzten Besultate über die künftige Entwicklung der einzelnen Handwerkszweige vermeiden werden. Aus diesem Grunde hat auf Anordnung Dr. Hummels die Handwerksgruppe neben den Erhebungen über den Umfang des Handwerks und die Veränderungen seiner wirtschaftlichen Lage auch eine besondere Untersuchung über die technische und kaufmännische Rationalisierung im Handwerk eingeleitet.

Der 50jährige Gustav Schneider.

Am 11. Juli wurde der Bundesvorsitzende des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, der demokratische Reichstagsabgeordnete Gustav Schneider, 50 Jahre alt. Dieser Tag bedeutete mehr als die Feier einer starken Persönlichkeit, er war ein Ehrentag für die deutsche Angestelltenbewegung, die sich unter Gustav Schneider zu ihrer nationalen Bedeutung aufgeschwungen hat und die in der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik heute die Rolle spielt, die der geistigen Arbeiterbewegung gehört. Gustav Schneider, der dem Reichsparlament seit der Nationalversammlung in Weimar angehört, hat seit der Revolution politisch stets in erster Linie gestanden. Er hat hervorragend mitgewirkt an dem Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes und in diesem der Angestelltenchaft einen angemessenen Platz gesichert. Dem politischen Wirken Gustav Schneiders verdanken außerdem die kaufmännischen Berufsständekassen ihre Erhaltung und Weiterentwicklung wurde unter seiner Führung ausgebaut. In den letzten Wochen hat sich Gustav Schneider mit ganzer Kraft bei der Bekämpfung der Arbeitslosenversicherung eingesetzt. Der GDV, eben den fünfzigjährigen durch eine Gustav-Schneider-Spende, die für die Veteranen gewerkschaftlicher Arbeit bestimmt ist. Die deutsche Demokratie beglückwünscht Gustav Schneider, der aus ihrem Entwicklungsgang nicht fortzudenken ist, von ganzem Herzen.

Die Sünde.

Von Kaplan Jähnel.

Kaplan Helmut Jähnel ist als Vortragender in ganz Deutschland bekannt geworden. Wie schon seine schonmüßige Auseinandersetzung mit Arthur Schopenhauer, die Schrift „Die Ueberwindung des Pessimismus“ (Freiburg im Breisgau, Berder, kart. 2 M.), und neuerdings die „Gespräche mit einem Gottlosen“ (ebenda, kart. M. 4.20; in Leinwand 6 M.) zeigen, ist er auch ein bedeutender Schriftsteller. Aus den „Gesprächen“ geben wir einen Abschnitt wieder, der zeigt, wie Jähnel seine Probleme erfaßt und dem Leser zu vermitteln weiß.

Der Gottlose: Sie liegt mir fern, Herr Kaplan, Ihre Anschauungen in Bezug auf Bogen zu verwerfen, zumal da ich der Kirche für vieles dankbar bin, was sie geschaffen hat. Eine ihrer größten Erzeugnisse ist, was zu einer unendlichen Verfeinerung des Gewissens und damit der menschlichen Pflanze überhaupt geführt hat, war die Bräutigam des Sündenbegriffs. Die Sünde ist etwas anderes als die Schuld. Sie hat eine große Sühnigkeit in die Welt gebracht. Die schönste Hinfälligkeit, die ich kenne, schließt die Begrenzung zwischen Christus und Magdalena, zwischen dem Erlöser und der Sünderin, deren Schuld keine positive, sondern nur eine gefaltete war.

Der Kaplan: Ihre Meinung scheint sich in dem bekannten Sprichwort zusammenfassen zu lassen: Verbotene Früchte schmecken süß.

Der Gottlose: Kann die Sünde nicht auch um der Vermeidung der Lust willen oder aus bloßer Mißbegierde begangen werden? Der Bereich des Sündhaften ist für einen Geist, der das Ganze zu umfassen trachtet, der alles, was es gibt, wissen und erleben möchte, außerordentlich verlockend. Wirklich verlockend ist nur das Interessante. Das Gebiet des Sündhaften aber ist vielleicht das Allerinteressanteste.

Gliedwünsche für Gustav Schneider.

Aus Anlaß des 50jährigen Geburtsstages des demokratischen Reichstagsabgeordneten Schneider, sandten der Hauptvorstand und die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei an ihn nachfolgendes Programm: „Dem treuen Freunde, der Vertretung seines großen und für die Volksgemeinschaft wichtigen Verbandes mit den Allgemeininteressen vorbildlich zu vereinen weiß, herzlichste Wünsche in der Hoffnung auf viele weitere Jahre der Arbeit und des Erfolges.“

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe Dr. Schneider hat an Gustav Schneider folgendes Telegramm gerichtet:

Zur Vollendung des 50. Lebensjahres sende ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche. Mögen Ihnen noch viele Jahre segensreichen Wirkens für die deutsche Angestelltenchaft beschieden sein.“

Etwas zum Nachdenken.

(Parteifunktion.)

Der Parteibericht der Sozialdemokratischen Partei zum Kieler Reichsparteitag enthält in Bezug auf Parteifinanzien sehr beachtenswerte Aufschlüsse.

Die Sozialdemokratie erhöht im Durchschnitt von den Männern wöchentlich 15 bis 20, von den Frauen 5 bis 10 Pfennig Beitrag. 471 850 M. sind auf diese Weise zusammengelassen. Was für ein Heer von (ehrenamtlichen) Parteifunktionären ist nötig gemacht, um diese Leistung zu ermöglichen. Der Gesamtertrag beträgt 8 1/2 Mill. Mark! Die Partei besitzt 104 Druckerien, von denen 176 Tageszeitungen herausgegeben werden. Das Vermögen der Sozialdemokratie beläuft sich nach Abzug aller Kosten auf 26 Millionen Mark, 7000 Personen sind in sozialdemokratischen Parteibetrieben angestellt. Dabei sind die bezahlten Parteibeamten nicht eingerechnet. Dagegen betrug der Jahresertrag der Zentrale der Deutschen Demokratischen Partei für 1926 genau 142 625 M.

Und nun fragen wir: Ist das alles nicht befremdend? Wir sind gewiß keine große Partei. Aber unsere Stimmengahl beträgt immerhin den vierten Teil der sozialdemokratischen. Wir wären auch bereit, uns in unserer Arbeit mit dem vierten Teil der Summe zu begnügen, die die Sozialdemokratie aufbringt, obgleich die finanzielle Kraft unserer Mitglieber, selbst wenn wir die Postlage des Mittelstandes in Betracht ziehen, bestimmt doppelt so groß ist.

Die Partei braucht kleine und große Beiträge. Vor allem aber braucht sie eines: Schluß mit der Indolenz, die glaubt, das Geld käme von selbst — oder sagt, es wäre doch nicht zu schaffen. Der Sozialdemokrat wagt auch sein Kornfeld auf der flachen Sande. Spätestens in 1 1/2 Jahren sind die für unsere Partei und die Republik entscheidenden Reichstagswahlen. Wir müssen für diese Zeit wenigstens den vierten Teil der Summe zur Verfügung haben, die die Sozialdemokratie in normalen Zeiten jährlich zu veranschlagen pflegt.

Über den Demokratie liegt daher seinen Stolz darin, an dem Ausbau der Organisation mitzuarbeiten. Keiner darf zurückbleiben. Wenn jeder an seinem Teil mitarbeitet, wird es möglich sein, die Zahl der zahlenden Mitglieder zu verdoppeln.

Bezirk Magdeburg.

Veranstaltungen

der

Deutschen Demokratischen Partei,

Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuss: Während der Ferien fallen die Sitzungen aus.

Stammtreff: Dienstag, den 19. Juli, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6. Der Stammtisch

Der Kaplan: Ich gebe zu, daß das Reich des Wissens, Erkennens und Erfahrens für uns das interessanteste ist, denn der gesunde und gut veranlagte Mensch ist am meisten an dem interessiert, was in ihm die höchsten Fähigkeiten trägt und vollendet. Es ist sein Bestreben, der, weil er alles irgendwie erkennen kann, auch alles zu wissen liebt. Der Bestand des Wissens ist aus dem Widerstreben gegen das Nichtwissen. Warum ist auch das Bestreben, im Wissen Gott ähnlich zu sein, an und für sich keine Sünde. Doch das Wissen in ungerader Weise über das von Gott gesetzte Maß hinaus begehren — das ist Sünde.

Der Gottlose: Wo liegt denn diese Grenze? Gelten Gottes Gebote nicht nur für den tätigen Willen, sondern auch für den mißbegierigen Verstand? Der Kaplan: Die von Gott gesetzte Grenze liegt nicht da, wo die meisten Menschen sie vermuten. Auch das Wöle darf der Mensch unter gewissen Beschränkungen wissen. Der Gottlose: Auch wenn das Wissen nur um den Preis des bösen Luns erlangt werden kann? Der Kaplan: Hier haben Sie die Grenze berührt, welche Gott gesetzt hat. Aber er hat sie nicht gezeigt, um den Menschen einzunagen, sondern um seine Natur als Ganzes zu erhalten und den ganzen Menschen zur Vollendung zu führen. Der Verstand ist nur ein Teil des Menschen. Daher bedeutet auch die Vollendung des Willens keine absolute Vollendung. In Gott fallen Verstand und Wille, Erkennen und Lieben in eins zusammen; im Menschen ist beides zugleich geschieden und wiederum in der Seele vereint. Deshalb kann der Verstand durch sein Wissen den Willen erlösen, daß er das Rechte liebt, und umgekehrt vermag der Wille den Verstand zu einem intensiven Erkennen anzutreiben. So können beide zu einem intensiven Untersuchen der ganzen Menschen vervollkommen. Es besteht aber andererseits, eben auf Grund dieser Beschränktheit, die Unterscheidung der ganzen Menschen vervollkommen. Es besteht aber andererseits, eben auf Grund dieser Beschränktheit, daß das Erkennen dem Willen zum Schaden gereiche, oder umgekehrt, daß ein niederträchtiger Wille den Verstand blende. Ein solcher Schaden kann eintreten, wenn der Mensch nur dann

tagt auch während der Ferien. Starke Beteiligung gewünscht.

D. D. P. Verfassungsfeier: Wir bitten Geschenke für die Lombola.

Umland-Bund. Sonntag, den 17. Juli: Tag derung nach Loische und Schloß Ramstedt-Heinrichs Abfahrt 5,55 Uhr, Treffpunkt 5,40 Uhr Zeitungstisch Hauptbahnhof.

Wichtig für Hausbesitzer!

Die im § 52 Ziffer 4 der Bauordnung vom 6. 1909 festgesetzte 15jährige Frist zur Umänderung Spültoilette mit Draudentil in solche mit Spülkästen bis zum 19. Mai 1927 verlängert worden. Einer we Verlangung dieser Frist hat der Regierungspräsident seine Zustimmung verweigert, weil die vorläufige Abwasserreinigung durch die Verhältnisse nicht ermöglicht werden kann, andererseits die Hausbesitzer möglichst lange Frist seit dem Inkrafttreten der Bauordnung vom 6. 5. 09 gehabt haben, um die erforderlichen Arbeiten ausführen zu lassen.

Die Grundbesitzer und die an deren zur Erhaltung des wohnortsmäßigen baulichen Zustandes der Gebäude auf den Grundbesitz innerhalb Stadtkreises Magdeburg Verpflichteten, müssen, wenn dies nicht bereits geschehen, nunmehr unverzüglich die schriftliche Umänderung der Aborte durchzuführen die erfolgte Umänderung der städtischen Polizeibehörde anzeigen.

Wer hat bezahlt? Eingegangene Gelder: E. Verburg 2,25 Mk., E. Sch. Althensdorf 4,00 Mk., G. Halberstadt 2,25 Mk., E. M. Wardenau 2,53 Mk., G. Hakenstedt 4,28 Mk., K. M. Barchendorf 4,43 Mk., G. Altenburg 2,03 Mk., M. L. Althausen 16,— M., D.-Möckern 10,— Mk.

Bezirk Halle.

Die unparteiischen „Halleischen Nachrichten“.

Halle. In Mecklenburg-Strelitz haben am 8. Landtagswahlen stattgefunden, die an anschauliches von der Veränderung der politischen Verhältnisse ten. Es war ein deutlicher Aufwind, bei dem die Stimmenzahl der Reichsparteien besonders stark war. Die Deutschnationalen gingen von 17 822 auf 1 111 Stimmen zurück. Wälfische und Deutsche Volkspartei verloren mehr als die Hälfte ihrer früheren Stimmen. Die Wälfische erhielten 2266 gegen früher 5782 Stimmen. Die Deutsche Volkspartei ging von 4068 auf 2022 Stimmen zurück. Dagegen konnten die Demokraten, die in den vorigen Wahlen mit der Liste „Handwerk und Gewerbe“ als Arbeitsgemeinschaft der Mitte 7300 Stimmen erhalten, jetzt auf ihre Listen 7600 Stimmen vereinigen. Es ist noch bemerkenswert, daß die Wahlbeteiligung in der letzten Reichstagswahl von 81 Prozent auf 60 Prozent zurückgegangen ist. Besonders erfreulich ist die Demokraten auf dem flachen Lande abgenommen, sie ihre Stimmensahl nicht nur relativ, sondern auch absolut vermehren konnten, und zwar von 917 bei der letzten Reichstagswahl auf 1044. Im neuen Landtag werden die Sozialdemokraten, die den Kommunisten drei Fünftel des Bestandes abgenommen haben, 12 Mandate Demokraten und Handwerker 6 Mandate ausüben. In diesen 18 Mandaten ist die absolute Mehrheit im Landtag, der 35 Abgeordnete hat, vorhanden.

Zunächst ist für uns Hallenser ist es nun, wie sich dieser grundlegenden politischen Umwälzung die „Halleischen Nachrichten“ verhalten. Sie brachten am Tage der Wahl nur nachstehende Notiz:

Gestern fanden in Mecklenburg-Strelitz Neuen zum Landtag statt. Sie hatten folgendes

etwas wirklich wissen und erfahren kann, wenn er eine begehrt. Ist nun diese Tat eine derartige, daß sie den Willen niedriger hinzieht, und von Gott abwendet, d. h. jetzt Tat einen Bruch der Liebe zwischen Gott und Mensch so bedeutet sie für den ganzen Menschen eine Erniedrigung. Abfallen von seiner bereits erreichten Vollkommenheit. In dafür ist der erste Sündenfall des Menschen. Adam wollte kennen, was gut und böse sei, aber in der Weise, daß er erkennen wollte, was in seinem Tun und Wirken gut und sei, mit anderen Worten, wie sich die Wirkung des get Willen ausstatte. Hierzu war also notwendig, das Böle zu tun, nicht nur seinen Verstand in der Erkenntnis Wissen hinzunehmen, sondern auch seinen Willen hinzunehmen zur bösen Tat. Jede Neigung des Willens aber erreicht, r sie wirklich zur Tat schiebt, bereits den Charakter einer S Handlung begeben kann, ohne sich im geringsten mit ihm identifizieren, ohne sich im Inneren an ihr beteiligt zu sein, d. h. ohne daß sie auf die Seele abwärts; z. B. wenn Frau, die spürt, daß ihr Vergewaltiger stärker ist als sie, gewisse in ihrem Widerstand nachsicht und sich hingibt, einem noch größeren körperlichen Schaden vorbeugen.

Der Kaplan: Das wäre keine Sünde, da die Frau gar nicht die Absicht hat, etwas Verbotenes zu tun oder zu erfahren.

Der Gottlose: Wenn sie aber die Gelegenheit bekommt, ohne Schaden an ihrer Seele zu nehmen, den Schatz in Erkenntnis zu vermissen?

Der Kaplan: Sie bringen unter Gespräch auf ein solches Gebiet, doch ich will Ihnen auch hierauf eine Antwort geben, damit Sie mir nicht vorwerfen können, ich sei ein Vb joch, der nicht antwortet. Zunächst will ich sagen, daß diese Erkenntnis keineswegs für besonders groß halte.

Der Gottlose: Ich räume gern ein, daß es sich d wichtiger um eine Erkenntnis als um ein Erlebnis handelt. d moderne Geist neigt dazu, das eine mit dem andern zu identifizieren. Doch gleichwohl, ob es sich hier um eine Konstante

Streiflichter aus dem Stadtparlament.

Was ist zielbewusste Kommunalpolitik? — Planlose Sanierungsvorschläge.

Magdeburg, den 16. Juli.

Die Rechtsparkeiler haben eine eigentümliche Art, ihren Anhängern begrifflich zu machen, was eine zielbewusste Kommunalpolitik ist. Sie verfahren dabei nach der Methode vorwärtlicher Pädagogen, die ihre Zöglinge stundenlang darüber instruieren, was schlecht und verabscheuungswürdig ist und dabei vergahen, ihnen zu sagen, wie das Gute erkannt und gepflegt werden müsse. Die Fraktion der Rechtsparkeiler bemüht sich mit sichtlichem Erfolge, der Öffentlichkeit den Beweis zu erbringen, daß die Kommunalpolitik, die sie in der Stadtverordnetenversammlung treibt, mit absoluter Sicherheit zu einem völligen Chaos und schließlich zu einem Sturz des kommunalen Verwaltungsapparates führen muß. Wenn sie es soweit geschafft haben, dann können sie mit stolzer Miene behaupten: „Seht ihr, was uns die Revolution gebracht hat?“

In der Stadtverordnetenversammlung vor vierzehn Tagen bestämpten sie mit viel Temperament den Erweiterungsbau der Chirurgischen Klinik in der Lindenburg, den sie vor einem halben Jahre mit beifolgendem Entwurf und jetzt vor seiner Vollendung steht. Einer der wärmsten Förderer dieses Baues war einer der ihnen, der Stadtdirektor, Dr. Wendel, der über den pflanzlichen Wandel in den Aufschüngen seiner Fraktion genau so erkrankt war, wie die übrigen Versammlung. Mit vieler Mühe gelang es ihm damals, seine Freunde davon zu überzeugen, daß sie eben eine richtige Unheiligkeit begangen hätten.

Nur die Inkonsequenz kann uns retten, dachten aber die Rechtsparkeiler und darum ließen sie in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag Sturm gegen den Magistratsantrag, der für notwendige Erweiterungen und Erneuerungen im Handelsbezirk eine halbe Million aus Anleihemitteln forderte, die auf zwei Jahre verteilt und aus Anleihemitteln gedeckt werden sollten. Der städtische Hafen ist kein Ueberflusshafen; im Gegenteil, seit seinem Bestehen hat die Stadterhaltung selbst in den Perioden einer blühenden Wirtschaft Zuschüsse für diesen Zweck ihrer Verwaltung leisten müssen. Niemanden fiel es früher ein, deswegen von einer Wirtschaft zu reden oder die Stilllegung des Hafens wegen Unrentabilität zu fordern. Für Magdeburg als Handelsstadt ist der Hafen unentbehrlich und es würde nichts anderes als Selbstmord für unsere Wirtschaft bedeuten, wöhlen wir den Handelshafen langsam, wie es anstehenden der Sinn des Vorhabens der Rechtsparkeiler war, verfallen lassen. Für die Erhaltung der Anlagen des Hafens ist unter dem Druck der Verhältnisse in den Krieges- und Nachkriegsjahren so gut wie gar nichts getan worden. Der Sanierungsplan soll daraus kein Vorwurf gemacht werden. Die Verhältnisse waren eben stärker als ihr guter Wille. Auch die Rechtsparkeiler hatten bei der Feststellung des Extraordinariums eingesehen, die dringendsten Erneuerungs- und Erweiterungs-

arbeiten im Interesse der Erhaltung der Hafenanlagen im Laufe der nächsten beiden Jahre ausführen zu lassen und die Mittel hierzu aus Anleihen zu entnehmen. Heute opponierten sie gegen ihren damaligen Beschluß, um zu zeigen, daß sie sehr gut zuverläßig Ansichten über dieselbe Sache vertreten können.

Daß Magdeburg nach der Vollendung des Mittelkanals damit rechnet, einer der größten Binnenumschlagplätze zu werden — allerdings nur dann, wenn sich keine Hafenanlagen auf der Höhe befinden — ist den Rechtsparkeilern nicht mehr erinnerlich.

Die Demokraten sorgten zusammen mit der Linken dafür, daß der gegen die Wirtschaft Magdeburgs geführte Streich pariert wurde. Nichtsdestoweniger werden sich die Rechtsparkeiler bei den Neuwahlen Handel und Industrie wieder als Vertreter ihrer Interessen empfehlen dem Himmel, auf die geradezu hervorragende Wandlungsfähigkeit ihrer Ansichten in kommunalpolitischen Fragen.

Die Sanierung der Altstadt mit ihren Stenozwängen ist eine der bedeutendsten Aufgaben unserer Kommunalpolitik. Wir sind uns allerdings darüber klar, daß diese Aufgabe nur unter allerhöchster Opfern zu lösen sein wird. Auf dem Wege, wie es ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag forderte, ist diese Sache aber nicht durchzuführen. Die Sozialdemokraten verlangten, daß haushälterische Häuser mit gesundheitsgefährlichen Wohnungen in größerer Zahl abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden sollen. Wenn alle die Häuser mit einwandfreien Wohnungen niedergelegt werden sollen, würde die Zahl der Wohnungssuchen auf weit über 10 000 steigen. Das Wohnungsproblem würde bei dieser Methode also noch eine bedeutende Verschärfung erfahren. Außerdem ist noch zu bedenken, daß die hier entstehenden Wohnungen infolge des hohen mit der Sanierungskosten verbundenen Kapitalwertes mit einer so hohen Miete belastet sein würden, daß sie für viele Wohnungssuchende unerreichbar wären.

Es wäre möglich, heute Projekte zu erörtern, wie die Sanierung durchgeführt und an Stelle der Stenozwänge gesunde Wohnstätten errichtet werden könnten angesichts der Tatsache, daß uns heute die Mittel mangeln, sie zu verwirklichen. Jedenfalls müssen wir daran festhalten, daß es erst unsere Aufgabe sein muß, ihr zu verhindern, daß sie sich auf den Weg machen, bestehende Wohnungen, wenn sie auch nicht einwandfrei sind, abzutragen. Die Sanierung der Altstadt darf nicht durch planlose Abriss von Häusern unvollkommenen Sildwied werden, sondern muß nach großen städtebaulichen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Auch der Magistrat stellte sich auf diesen von den demokratischen Sprechern vertretenen Standpunkt und lehnte das Verlangen der Antragsteller ab.

deutschen Schulwesens also dadurch zerrissen würde, sei ein Konfordat in jeder Form unbedingt abzulehnen. Eine angedachte Diskussion schloß den interessanten Abend.

Neumarkt. Freisünderliche Tagung. Das republikanische Studentenratell und der „Bund“ freisünderlicher Altstadtdemokraten, die an den drei mitteldeutschen Universitäten schon weit über 100 Mitglieder umfassen, veranstalteten

bedeutender Junas der Vereinigungen gemeldet werden. Wie in Halle soll auch in Leipzig und Jena die engere Fühlungnahme der Altstadtdemokraten im „Bunde“ in die Wege geleitet werden. Nach der Tagung wurde noch das neue sozial vorbildliche Guttemplerheim „Luter Sommer“ befristet. Dann vereinigen Geiang und Volkstanz die Teilnehmer noch lange auf der Schönbürg. Damit ist auch in Mitteldeutschland die Freisünderlichkeit wieder zu neuem Leben erwacht.

Weihenfest. In der am Montag abgehaltenen Monatsversammlung hielt Stadtdirektor Müller einen Vortrag über kommunalpolitische Angelegenheiten. Ausgehend von den Steuererhöhmungen des Vorjahres sprach der Vortragende über Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Krankenhausbau usw. und beschäftigte sich zum Schluß mit dem von der Stadterhaltung im Vorjahr angesprochenen Grundstücksankäufen. In den interessantesten, beifällig ausgenommenen Vortrag schloß sich eine Aussprache. Nach einigen internen Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung um 11 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Wirtschaftliches

Viehucht in Deutschland.

Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebsabrechnung. Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen der landwirtschaftlichen Betriebsabrechnung 1926 hat sich im Deutschen Reich im Vergleich zu 1907 der Pferdebestand innerhalb der Landwirtschaft im Gegensatz zu dem Rückgang bei fast allen übrigen Viehgattungen insgesamt, teilweise beträchtlich, erhöht — Oldenburg tritt mit einer Zunahme von 56 v. H. besonders stark hervor. Die neueren Ergebnisse insbesondere über die Verwendung von Kraftfahrzeugen zeigen auch deutlich, daß die Einführung von Kraftfahrzeugen in der Landwirtschaft bei weitem nicht der Zunahme an landwirtschaftlichen Arbeitsmaschinen entspricht. Der Mehrbedarf an Zugkraft mußte demnach durch entsprechende Vergrößerung der Pferdehaltung gedeckt werden.

Gegenüber 1907 hat sich in der Landwirtschaft der Rindviehbestand in den größeren Ländern bis um 8 v. H. vermehrt. Oldenburg ist als einziges Land in der günstigen Lage, eine Zunahme des Rindviehbestandes um sogar 15 v. H. zu erzielen.

Neben dem Großvieh ertrakt sich die Viehhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe in sehr weitem Umfange auf Schweine. Hier sind wie beim Rindvieh der bäuerliche Betrieb (2 bis 100 ha) am stärksten beteiligt. Danach folgen in geringem Umfange die Großbetriebe über 100 ha. Im Vergleich mit 1907 fällt auf, daß sich der Anteil der Betriebe mit Schweinen an

gebnis: Deutschnationale 10 Sitze, Sozialdemokraten 12, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 2, Handwerker 4, Kommunisten 4, Kleine Landwirte 1, Hausbesitzer 1, Wälfische 1, Wirtschaftspartei —. Der vorige Landtag setzte sich zusammen aus: 9 Deutschnationalen, 8 Sozialdemokraten, 7 Kommunisten, 5 Abgeordneten der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, 3 Freiwirtschaftler, 2 Volksparteiler, 1 Kleinbauern. Die Regierung war gebildet von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, eine Koalition, die im allgemeinen ohne größere Erschütterung gearbeitet hat.

as ist wirklich höchst unparteiisch, und zwar so sehr unparteiisch, daß die Leser den kapitalen Zusammenbruch der Parteien und die veränderte Volksstimmung ganz zu merken bekommen. Die „Hallischen Nachrichten“ sehr großen Wert auf ihre parteipolitische Neutralität haben bei anderen Gelegenheiten aber auch schon schon gelohnt. Im vorliegenden Falle scheint uns diese Neutralität etwas sehr zweifelhaft.

Die Nationalisten der Nationalen.

Halle. Wir lesen in der „Frankf. Hg.“: „Einige Tage lang war es Adolf Hitler auch in Bayern verboten, in öffentlichen Versammlungen aufzutreten. Seine Nationalsozialisten aber wollten ihn trotzdem im vergangenen Frühjahr für einen Führer der Partei als Reichstagsabgeordneten und Reichsminister des Innern wählen. Als Polizei- und Kreisregierung das Gesuch ihnen machten, trugen die „nationalen“ Parteiführer Bedenken, an die französische Besatzungsmacht zu appellieren. Der französische Stadtmayor von Ludwigshafen erklärte sich natürlich für unfähig, worauf der nationalsozialistische Führer die Unfähigkeit befragt, zu fragen, wie sich die Militärbehörden verhalten werde, wenn man die Versammlung gegen den Willen der deutschen Polizei abzuhalten lübe. Antwort: „Ich dem Rheinlandabkommen müßte die Befragung für unrichtig und gegen die Ruhe und Ordnung sorgen. — „Gebiet“ also, gegen den sie sonst nicht tapfer gegen sich schänden wüßten, lüden die Nationalisten nicht, wenn deutsche Gesetze und Regierungsmaßnahmen nicht paßten! Als sie abgeblüht waren und in ihrem Freiort entsprechend reagierten, gab's einen Verlesung, der jählich uninteressant ist, durch dessen Verlesung vor dem Militärgericht aber (wir finden den Bericht in der „Münchener Volkszeitung“) jenes würdevolle Verhalten deutscher Nationalsozialisten jetzt an die Öffentlichkeit gekommen ist. — (Wir empfehlen dem Stachhelm und den Anhängern des Quinen-Bundes die Verbreitung dieses Falles. D. Heb.)

Halle. Das Hallische Ortsratell republikanischer Studenten entsandte in der letzten Zeit eine rege Tätigkeit. Am 3. Juli 1927 fand in Naumburg a. S. eine gemeinsame Tagung der freisünderlichen Studenten und Mitglieder der Universitäten Leipzig, Jena und Halle statt, die einen engeren Zusammenhänge der einzelnen Organisationen zum Ziele hatte. Am Nachmittag schloß sich der Schönbürg eine gemüthliche Feier mit Tanz an. Am Montag, den 11. Juli 1927, sprach auf Einladung der bekannte Leipziger Historiker Univ.-Professor Dr. Walter Goetz vor einem größeren Kreise über die Konfordsfrage. Das Konfordsfrageproblem wurde letzter Zeit wieder aktuel seit dem Abschluß des hannoverschen Vertrages im Jahre 1924. Weder wies darauf hin, daß trotz der prinzipiell anerkannten Trennung von Staat und Kirche Grenzgebiete gebe, in denen sich Staat und Kirche berühren und in Konflikte geraten, vor allem in schulpflichtigen. Beide Teile könnten hier nicht leicht nachgeben, um aber der offenen Kampf zu vermeiden, streben sie eine vorläufige Regelung im Wege des Konfords. Zum wesentlichen soll damit nach Ansicht des Referenten der Konfordsfrage wieder der Vorrang eingeräumt werden. Da dann aber von Seiten der Anhänger der weltlichen Schule die Reaktion nicht ausbleibt, die Einheit des

griffe handelt oder nicht — in jedem Erlebnis sind auch Elemente der Erkenntnis enthalten.

Der Kaplan: Das eigentliche Wissen, das den Menschen vollendet, ist das Wissen von den Grenzen und dem Zusammenhang der Dinge. Ein solches Wissen erlangt man aus Wissen und Verbotenen auf einem Wege erlangt werden, er nicht durch die Tat führt. Außerdem hat das Wissen nur einen Wert, wenn es die Natur der Dinge erkennen läßt und der Klugheit zum rechten Handeln dient. Dazu ist es nie und nimmer das Tun des Wissen erforderlich. Das Wissen wird schon aus der geschichtlichen Tatsache, daß jene Kämpfer, die am tiefsten und nächststen über das Verbrechen und die lässlichen Handlungen geschrieben haben, ihr Wissen eineswegs auf Grund persönlicher Erfahrung erlangt haben. Sie könnten mir sonst nicht erklären, weshalb ein Sokrates, ein Arian, ein Thomas oder ein Scotus über das Böse mit solcher Eise diskutieren konnten, und wenn ich auch über das persönliche Leben moderner Sexualpathologen kein bestimmtes Urteil fällen kann, so bin ich dennoch davon überzeugt, daß die Arbeitsfähigkeit ihrer umfangreichen Darstellungen nicht auf persönlichen Erlebnissen, sondern wohl nur auf scharfsinniger Beobachtung beruht.

Der Gottlose: Gewiß, darum wüßte ich ja auch als Beispiel die Frau, von der wir alle wissen, daß sie ihre sog. Erkenntnis aus dem konkreten Erlebnis, nicht aus dem abstrahierenden Verstand bezieht.

Der Kaplan: Es gibt ein wahres Sprichwort: Durch Schaden wird man klug. Wer aber den Schaden aufsucht, um klug zu werden, dürfte eher zu töricht geworden sein, um klug zu werden. Weisheit wäre es in jedem Fall, und erst die Weisheit, nicht das Wissen allein, vollendet den Menschen im Geiste.

Der Gottlose: Weisheit sollte die Sünde dem Sündner immer zum Schaden gereichen? Viele sündigen, wie gelobt, aus Wissensdrang und wiederholen ihre Sünden, nachdem der Wissensdrang fürs erste gestillt ist, nur weil sie die gemommene Erkenntnis noch einmal befestigt, ja vielleicht nuanciert wissen wollen. Eines Schadens wurden sie nicht gewahr.

Deutsche Demokrat. Partei

Ortsgruppe Halle.

Berfassungsfeier

verbunden mit

Sommerfest

Sonnabend, den 13. August, nachm. 4 Uhr
im Neumarkt-Schützenhaus.

Eintrittskarten 60 Pfg. (Kinder frei)
find in der **Steintorbuchhandlung** von
A. Simonsohn, Gr. Steinstraße 54/55 und in
der **Geschäftsstelle**, Große Brauhausstr. 30,
zu haben.

Wir bitten unsere Mitglieder und Genußgenossen um recht fröhliche Abholung.
Zur Verlosung erbitten wir die Zuweisung von Geschenken und Spenden.

Am 3. Juli in Naumburg ihre erste gemeinsame Tagung. Die aus 40 Vertretern bestehende Versammlung sprach sich einmütig für ein enges Zusammenarbeiten der einzelnen Vereinigungen aus, um den ehrlich überzeugten und freisünderlich gesinnten Republikanern auch an den Universitäten Mitteldeutschlands gegen die Unzulänglichkeit des Hochschulrings und seiner Korporationen einen Rückhalt zu schaffen. Regelmäßige Tagungen, ein Nachrichtenblatt und gesellschaftliche Beziehungen wurden mit großer Begeisterung von Alt- und Jungadmiralern als nächste Ziele der Zusammenarbeit festgelegt. Überall konnte ein

der Gesamtzahl der Betriebe in den Größenklassen bis zu 20 ha meistens verringert hat, dagegen in den Größenklassen über 20 ha gestiegen ist.

In der Geschäftszahl zeigen die einzelnen deutschen Gebiete wenig Einheitsmäßigkeit. Als allgemeines Merkmal ist festzustellen, daß die größeren Betriebe häufiger an der Geschäftszahl beteiligt sind als die Betriebe bis zu 20 ha. Hegen werden vornehmlich von den Bergbau- und Bergbetrieben anstelle der hier oft fehlenden Metallwerke gesteuert.

In der Geschäftszahl werden Hühner, die fast in jedem landwirtschaftlichen Betrieb über 2 ha vorhanden sind, bevorzugt. Die Zahl der Hühner hat sich gegenüber 1907 allgemein verkleinert. Demgegenüber hat die Zahl der Gänse teilweise sehr erheblich zugenommen und in Sachsen sich nahezu verdoppelt. In allen Größenklassen und besonders auch in denjenigen über 20 ha, ist die Zahl der Betriebe mit Gänsehaltung weitaus höher als 1907. Im Verhältnis zur landwirtschaftlich benutzten Fläche vermindert sich naturgemäß die Gänsezahl mit zunehmender Betriebsgröße, da die Gänsezucht für größere Betriebe nur als nebensächlicher Erwerbszweig in Betracht kommen kann.

Die staatlichen Hilfsmaßnahmen gegen die neuen Hochwasserschäden.

Durch die neuen Hochwasserschäden im April d. J. sind viele Gebiete an Ober-, Elbe und deren Nebenflüssen überflutet. Besonders hart wurden die Westpreußen, das Westpommern und das Warthebruch getroffen. In einer kleinen Anfrage wurde das Staatsministerium gefragt, wie es die Schäden festzustellen und den hart betroffenen Landwirten die notwendige Hilfe baldigst zur Verfügung zu stellen gedenke. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst auf Grund der Antwort des Preussischen Innenministeriums mitteilt, sind für die durch das Hochwasser im April 1927 besonders geschädigten Provinzen Brandenburg und Sachsen staatliche Notstandsaktionen eingeleitet worden, in deren Rahmen für die Beseitigung der ersten Not entsprechend den bisherigen Schadensfeststellungen für die Provinz Brandenburg 400 000 RM. und für die Provinz Sachsen 50 000 RM. zur Verfügung gestellt worden sind. Auch von den beteiligten Provinzen und Kreisen sind Beiträge gewährt oder in Aussicht gestellt worden. Weitere Hilfsmaßnahmen der Staatsregierung und der beteiligten Kommunalverbände bleiben bis zum Abschluß der Notstandsaktionen vorbehalten.

Soziales

Das Gehalt.

Geht. Fällig ist das Gehalt im Angestelltenverhältnis nach dem BGB. und SGB. (§ 64), wie uns der Gewerkschafts- und der Angestelltenrat, spätestens am Monatschluß, d. h. am letzten Tage des Monats. Es ist natürlich ohne weiteres möglich, kürzere (wöchentliche, vierteljährliche) oder Zahlungstermine zu vereinbaren. Dagegen ist höhere Gehaltszahlung unzulässig, derartige Abmachungen sind nichtig. Der Angestellte kann jederzeit die volle Zahlung des ihm zustehenden (nach den gesetzlichen Abzügen) verlangen, er ist nicht verpflichtet, an Stelle von Geld Waren anzunehmen.

Es ist aber gestattet, den Arbeitnehmern Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten, Wohnung, Rationierung gegen angemessene Miete oder Pachtpreis, Feuerung, Beleuchtung, Beförderung und dergl. unter Anrechnung bei der Gehalts- oder Lohnzahlung auszuführen. Andere Waren dürfen zwecks späterer Anrechnung auf die Dienstbezüge nicht geliehen oder

verborgt werden. (Verbot des Tauschsystems.) Entgegenstehende Beträge sind niedrig und für den Arbeitgeber statfbar. Das gleiche gilt für alle anderen Abmachungen über die Verwendung des verdienten (abgesehen von der Beteiligung an Wohnsitzverhältnissen). Auszahlung in Gestalt von Aktien darf nur mit besonderer Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde stattfinden. Es ist gestattet, das Gehalt teilweise bei der Firma stehen zu lassen, über solche beim Arbeitgeber belassenen Beträge kann der Angestellte nach seinem Ermessen verfügen. Nichtauszahlung des Gehaltes ist ein wichtiger Grund zur fristlosen Kündigung. In solchen Fällen soll der Angestellte dem in Zahlungswertverge befähigten Arbeitgeber eine Frist zur Erfüllung unter Hinweis auf die sich als Nichterfüllung ergebenden Folgen. Die Höhe des Gehaltes wird heute überwiegend durch die kollektive Vereinbarung im Tarifvertrag bestimmt. Wird die Firma von einem solchen ersetzt, so gelten diese Bestimmungen für die Angestellten des Betriebes. Eine Vereinbarung auf untertarifliche Gehaltszahlung ist unzulässig, trotz einer solchen kann der Angestellte also Gehalt nach Tarif fordern. Kommt ein Tarif nicht in Frage, so ist das vereinbarte Gehalt zu zahlen, mangels einer Vereinbarung das ortsübliche Gehalt. Lohnsumme (Zahlung von „Lohngehältern“) liegt vor, wenn Arbeitsleistung und Beschäftigung in auffälliger Minderzahl stehen. In solchen Fällen kann Klage wegen ungerechtfertigter Preiszahlung gegen den Arbeitgeber erhoben und Zahlung des ursprünglichen Gehaltes verlangt werden. Auf-

Parteifreunde,

vergeßt es nicht!

Werbet Mitglieder,
sendet Werbeanzeigen ein.

rechnung aus Ansprüchen gegen den Angestellten seitens der Firma gegenüber von Gehaltsforderungen ist nur zulässig, soweit das Gehalt den fälligen Betrag übersteigt. Gegenforderungen aus unternehmerischen Handlungen können dagegen unbefristet aufrechterhalten werden. Lohn- und Gehaltsansprüche verjähren nach SGB. 196 in zwei Jahren. Die zweijährige Frist läuft vom Ende des Jahres ab, in welchem der Anspruch entstanden ist.

Zur Arbeitszeitfrage.

Eine Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, ist in Rüge mit einer Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums darüber zu rechnen, ob weitere Gruppen von Arbeitnehmern den Bestimmungen des § 7 der Arbeitszeitverordnung unterworfen werden sollen, d. h. daß für sie das Dreizehntelverhältnis anstelle des bisher geltenden Zweizehntelverhältnisses angewandt wird. Im Reichsarbeitsministerium steht man auf dem Standpunkt, daß ein einstimmig gefaßter Beschluß des Reichsausschusses des Reichsarbeitsrates zur Grundlage der Entscheidung des Reichsarbeitsrates für die Gleichstellungen für die Arbeitnehmer der Großindustrie vor, und als Zeitpunkt ist in dem Beschluß der 1. Januar 1928 genannt.

Neue Bücher.

Führer durch die Gifther Heide. Gerade nach der rechten Zeit im Hinblick auf den wachsenden Sommerverkehr in der Lüneburger Heide ist jetzt der „Führer durch die Gifther Heide“ erschienen. Einem seit langem bestehenden Werk der immer jährlicher werdenden Heidevereine ist damit ein wertvoller und prächtiger photographischer Beleg hinzugefügt worden. Das Buch ist in deutscher Sprache ausgestattet, will das Bildnis dem Heideverweilenden Trauscheider, Magdeburger und Hannoveraner Gebiet ein Wegweiser sein, um landschaftlich hervorzuheben, wieviel den meisten noch ungenutzte Punkte aufzufinden und sich dadurch immer mehr mit dem Charakter und den Eigenarten und Schönheiten der Gifther Heide auf das innigste vertraut zu machen. Dem Naturfreund das Buch wird Freude machen. Als ein wertvoller Führer und Berater sollte es in der Gifther Heide für den flüchtigen Besucher. Mehr als 20 Wanderungen sind darin angegeben, die die schönsten und auch geschichtlich interessante Plätze der Gifther Heide und des Allertals der Gifther Heide in den meisten Fällen der Heide zu den schönsten und wertvollsten Punkten der Gifther Heide gegen Einblendung von 10 Pf. ein Exemplar des Heideführers von der Vereinsdruckerei in Gifhorn zugehen.

Heide“ erschienen. Einem seit langem bestehenden Werk der immer jährlicher werdenden Heidevereine ist damit ein wertvoller und prächtiger photographischer Beleg hinzugefügt worden. Das Buch ist in deutscher Sprache ausgestattet, will das Bildnis dem Heideverweilenden Trauscheider, Magdeburger und Hannoveraner Gebiet ein Wegweiser sein, um landschaftlich hervorzuheben, wieviel den meisten noch ungenutzte Punkte aufzufinden und sich dadurch immer mehr mit dem Charakter und den Eigenarten und Schönheiten der Gifther Heide auf das innigste vertraut zu machen. Dem Naturfreund das Buch wird Freude machen. Als ein wertvoller Führer und Berater sollte es in der Gifther Heide für den flüchtigen Besucher. Mehr als 20 Wanderungen sind darin angegeben, die die schönsten und auch geschichtlich interessante Plätze der Gifther Heide und des Allertals der Gifther Heide in den meisten Fällen der Heide zu den schönsten und wertvollsten Punkten der Gifther Heide gegen Einblendung von 10 Pf. ein Exemplar des Heideführers von der Vereinsdruckerei in Gifhorn zugehen.

A. Conan Doyle. Die Drei Gabeln, Part 1. (Wilde Kriminalroman, Band 2.) Hugo Wille, S. 87. Sherlock Holmes, der weltbekannte Meisterdetektiv, erzählt uns in diesem Band selbst über durch seinen Freund Dr. Watson 3 neue Abenteuer. Conan Doyle erzählt uns, wie er durch seine eigene scharfe Beobachtungsgabe und seine überaus feine Folgerungen verblüfft ist. Die Abenteuer sind, wie man Conan Doyle gewohnt ist, fabelhaft spannend und interessant. Die Freunde des Kriminalromans sind durch seine sprachlich richtig gewendeten früheren Abenteuer Sherlock Holmes das Buch mit einem besonders schönen, künstlerischen Inhalt und mit 12 Illustrationen von Kurt Lange gesch.

Zur Reform der Anleihe-Ablösung von Prof. Max v. P., norm. I. Syndikus der Anleiher der 3. Mannschaft und Kurator der Handelshochschule, 2. 2. 2. (Berlin, Carl Seymanns Verlag.)

Die oben erwähnte Broschüre behandelt in geeigneter Weise die gesamte Anleihefrage. Sie weist nicht auf authentisches Material, auf die zahlreichen Neuerungen von Abgeordneten und amtlichen Stellen über die Behandlung von Anleiheanleihen hin, w. Neuerungen in freierem Widerspruch zur Regelung Aufwertungsgesetz stehen. Ferner wird die Rechtslage wie sie durch das Anleihegesetz geschaffen wurde, beleuchtet, und es wird die Frage aufgeworfen, ob insbesondere einzelne Bestimmungen der in diesem Buch erläuterten Anleihegesetzbestimmungen im Widerspruch zur Verfassung stehen. Vor allem wird aber die finanzielle Lage des Reiches einer eingehenden Unterleuchtung unterzogen, mit dem Ergebnis, daß eine Beseitigung der Anleihe ohne Schwierigkeit möglich ist, sondern die Anleihe, die durch die einer Enteignung gleichkommende Behandlung des Anleihebesitzes im Ausland hervorgerufen wurde, und die sich daraus ergeben Schwierigkeiten bei der Aufhebung von neuen Anleihen, wird eingehend besprochen. Diese Broschüre gewährt vor allem dadurch an Wert, weil sie zu einer Zeit erschienen ist, in der im Reichstag über eine Änderung des Anleihegesetzes diskutiert wird. Die Broschüre ist zu hoffen, daß durch diese Broschüre das Anleihegesetz in ungehörter Weise werden wird, daß es für die Anleihe Anleihegesetz tragbar wird. Jeder Anleihebesitzer, der Anleihegesetz sollte diese Broschüre haben, damit er ein genaues Bild davon machen kann, in welcher Weise eine Neuregelung der Anleihefrage vorgenommen werden kann.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag: Ludwig W. Hinz, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Hertz (Hilg. Fig.), Delitzsch.

Für unsere Frauen.

Der Fortschritt der Mädchenbildung.

Von Oberstudiendirektor Dr. Bohner, Magdeburg, Mitglied des Preussischen Landtags.

Die weibliche Bildung ist lange Zeit Stiefkind des Staates und der Gemeinde geblieben. Die veränderte wirtschaftliche und politische Stellung der Frau haben hier den Fortschritt erzwingen. Wie groß heute die öffentliche Sorge auch für die weibliche Bildung ist und wie sie von Jahr zu Jahr sich steigert, ergibt eine noch nicht veröffentlichte Zusammenstellung der auf Ostern 1927 noch bewilligten Mittel. Danach sind fünf städtische höhere Mädchenschulen in Uzen geworden — Stolluppen, Freiwald, Einbeck, Caltron, München-Gladbach — vier öffentliche Uzen haben Frauenchulen aufgestellt — zwei Berliner, Wittstock, Steale — 15 haben einen Anlauf als Oberlyceen bewilligt bekommen — Dahlem, Steglitz, Stettin, Bries, Magdeburg, Merseburg, Stendal, Wandsbeck, Stade, Sood, Mörs, Köln (Angehörig III und Köln-Rail), Weiel, Riel —. Man muß hinzurechnen, daß in den kleinen Städten immer mehr Knabenchulen der Mädchen sich öffnen. Aber auch das private Schulwesen macht Fortschritte. Bekanntlich haben besonders katholische Orden sich die Schule als Arbeitsfeld gewöhnt, nicht immer ohne propagandistischen Nebenzwang. Erzählt doch gerade in der „Katholischen Volkzeitung“ ein Vater seine Erfahrungen als „Missionar“ in Dänemark, die damit beginnen, daß er am katholischen Andreaskolleg in Kopenhagen, einer privaten höheren Schule, tätig ist. Drei katholische höhere Mädchenschulen sind Uzen geworden — Stettin, Breslau, Köln-Bayenthal —, fünf neuen Frauenchulen an Beuthen, Appeln, Thüringshausen, Duisburg, Eberfeld —, neun ein Oberlyceum oder ein Studienanstalt — Wocholt, Olpe, Düsseldorf, Gifweiler, Jülich, Gifweil, drei in Köln. Auf evangelischer Seite steht das Lyceum der evangelischen Gemeinde in Köln auch ein Oberlyceum auf. Man könnte dieser Entwicklung des privaten Schulwesens mit weniger Sorge entgegensehen, wenn man nicht fürchten müßte, daß sie auf Kosten des öffentlichen geschieht; das Verlangen nach

verstärkter Unterstützung des privaten Schulwesens aus öffentlichen Mitteln trotz seiner oft sehr einseitigen Einstellung ist aber bedenklich gewachsen.

Mädchenerziehung bei August Hermann Franke.

Die Franke'schen Anstalten sind zwar hauptsächlich Knabenanstalten (die Pensionatsanstalt und das Pädagogium haben nur Knaben aufgenommen, in der Waldenanstalt sind zur Zeit neben 92 Knaben nur 18 Mädchen), trotzdem hat August Hermann Franke die Mädchenerziehung durchaus nicht vernachlässigt. Im Gegenteil, auf seine Anregung hin entstand der Typ der höheren Mädchenschulen, der jetzigen Uzen und Mädchengymnasien. Im Jahre 1698 gründete Franke ein Mädchengymnasium der Frauenzimmerkitt für Mädchen, das die erste höhere Mädchenschule in Deutschland darstellte. Sie stand unter der Leitung einer frommen Französin, die die Mädchen nach denselben Prinzipien zu unterrichten hatte, wie es auf den Knabenanstalten der Fall war. Im Mittelpunkt des Unterrichts stand die Religion, daneben wurde Lesen, Rechnen, Schreiben und Gesang gelehrt. Als wahrste Früchte konnten interessanterweise Griechisch und Hebräisch hinzukommen, um auch die Mädchen fähig zu machen, die Bibel im Urtext zu lesen. Wahrscheinlich war auch die Teilnahme an einer höheren Mädchenschule ins Leben gerufen, die seit der Mädchenschulreform von 1908 ein Gymnasium mit Oberlyceum wurde und die 1923 in staatlichen Besitz überging. Sie heißt jetzt „Staatliche August Hermann Franke-Schule“ und führt ihren Anfang stolz auf das Gymnasium zurück.

Bertrauensstelle für Frauenämter.

Der Vorstand des Bundes Deutscher Frauenvereine hat, um den Einfluß des Bundes zugunsten gefährdeter Frauenposten einsehen zu können, einen Ausschuss gebildet mit der Aufgabe, eine Bertrauensstelle für Frauenämter darzustellen. Mit dem Vorsitz des Ausschusses ist Frau Dr. Käthe Gabel betraut, und zur Mitarbeit gebeten: Frau Weerensohn, Frau Helfersberg, Frau Kue-

ner-Gerhard, Frau v. Kuleska, Dr. M. C. Lüder. Nähere Angaben über die Aufgaben des Ausschusses erhalten die folgenden Ausführungen von Maria Helfersberg, von der die Anregung zu der Gründung ausging:

In Kriegs- und Nachkriegszeit war es gelungen, in nicht unerheblicher Anzahl von Frauen leitende, einflußreiche Posten zu übernehmen. Dem Eintritt der Frau in Sozialpolitik und Wirtschaft war dadurch der Weg geebnet. An den verantwortlichen Posten haben sich gabelnd Frauen bewährt, und wer die Notwendigkeit des Frauen einflusses auf vielen Gebieten erkannt hat, mußte die Entwicklung freudig begrüßen.

Umso bedauerlicher ist die Feststellung, daß die Zahl der durch Frauen besetzten Stellen im Laufe der allerletzten Jahre zurückgegangen ist. Das hat seine Grund darin gehabt, daß man während der Abbauperiode oft zuerst an den Abbau der leitenden Frau gedacht hat und daß die Frauen sich gegen diese Maßnahme viel zu wenig zur Wehr gesetzt haben. Sie haben in vielen Fällen das Vorgehen gegen sie als unabwendbares Schicksal hingenommen. Die Erhaltung der leitenden Frauenposten ist aber nicht nur eine persönliche Angelegenheit der Einzelnen, denen ihr Arbeitsgebiet verloren geht, sondern ein wichtige Frage der Frauenbewegung.

Frauenmorte.

In der Jugend meinen wir, das Geringste, das die Menschen uns gewähren können, sei Gerechtigkeit. Im Alter erfahren wir, daß es das Höchste ist.

Marie von Ebner-Eschenbach.

Neben dem Frauenstimmrecht erscheint mir das Problem der Vereinigung von Beruf und Ehe als das wichtigste und die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Frau in und außer der Ehe als die unerlässliche Bedingung für die Befreiung und Höherentwicklung des weiblichen Geschlechts. Marie Stritt.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis: 75 Cent pro Stück. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Verleger und Verleger (Galle, Dr. Braunsaustraße 30, entgegen. — Druck: J. J. Galle, Dr. Braunsaustraße 30, entgegen. — Inhalt: Inhalt des Blattes vom 1. Juli 1927.

Verleger: J. J. Galle, Dr. Braunsaustraße 30, Braunschweig. — Druck: J. J. Galle, Dr. Braunsaustraße 30, Braunschweig. — Inhalt: Inhalt des Blattes vom 1. Juli 1927.

Nummer 29 Halle (S.), 16. Juli 1927 3. Jahrgang

Urlaub von der Politik.

Reichstagsferien — Opfer für den Block — Das Reichsschulgesetz als Kaufpreis — Der Versucher in der Deutschen Volkspartei — Das Liquidationschadengesetz — Die enttäuschten Auslandsdeutschen — Konkordatsgefahr in Preußen — Das Zentrum im Wahlkampf — Die Wahlen — Stillstand der Außenpolitik — Englische Erklärung für Rheinräumung — Französische Sorgen — Die Anschließfrage — Das neue Kabinett Poincaré — Umfall der Linken — Die Wahlreform — Der Prozeß gegen den „Hohenzollernprinzen“ — Die Tragik dieser Komödie.

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen. Sehr froh und ermutigt selbst nicht auf die Arbeit sein, die er jetzt hat. Fast alle großen Vorlagen sind liegen geblieben. Es war nicht nur das Bedürfnis nach Ferien, sondern auch der Reichstagspräsident, sondern weit mehr noch die Tatsache, jedes weitere Verbleiben könne eine Krise heraufbeschwören. Das ist das Besondere an dieser politischen Situation. Selten hat ein Volk so viel Wille gezeigt, die schwarze Fahne zu wehen, als jetzt. Man muß die Geduldlosigkeit der Deutschen anerkennen, das in jedem Augenblick bereit zu sein, alles umzuwerfen und einen anderen Kurs einzulegen. Nur dieser Geduldlosigkeit ist es zu verdanken, überhaupt etwas zustande kam. Die Zolltarifvorlage, die Erhöhung einzelner Positionen, die bei den kritischen Gewerkschaften unmöglich begehrte Zustimmung zu finden, aber über all diese Bedenken ging man hinweg. Es mußten Opfer zugebracht werden, um den Reichstagspräsidenten bei guter Laune zu halten. Das der Kaufpreis für das Reichsschulgesetz, das Herr Reuß ausarbeiten soll. Noch ist es nicht unter Dach und Fach. Mehrere Kabinettskrisen haben stattgefunden, ohne daß sich eine Einigung ergab. Erst im Laufe der Woche dürfte die Vorlage ihre vorläufige Billigung annehmen. Bis dann der Reichstag seine Wiedereinberufung verlangt, und die wieder unangeordnete Vorlage Reichstag in seiner Septembertagung zugewiesen kann. Günstig sind ihre Aussichten nicht. Gerade Herr Dr. Schulz, so würde allerdings die Sache in einem ihrer wesentlichsten Punkte aufgehoben sein. Für ihn führt die Freiheit deutschen Geistes zu einer untergeordneten Rolle. Aber er und die Deutsche Volkspartei sind noch nicht das selbe. Er könnte das von Stresemann und der Partei behaupten, gewaltige Verantwortung ruht auf dem Reichsminister. Er muß sich klar darüber sein, daß die Freiheit der deutschen Entwicklung von ihm jetzt abhängt, er die Sache des Liberalismus in Sicht, so wird sich früher oder später nicht nur an seiner Partei, sondern an ganzen deutschen Volke rächen.

Das Liquidationschadengesetz gehört gleichfalls zu den Gegenständen, mit denen sich das Parlament im Herbst zu befassen hat. Der Entwurf, wie er der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden ist, entspricht in keiner Weise berechtigten Erwartungen. Abgesehen von kleineren Forderungen der Auslandsdeutschen, die erfüllt werden sollen, wird nur ein kleiner Prozentsatz für ihre Verluste zugewilligt. Und doch handelt es sich um eine Ehrenpflicht der Nation. Viele Hunderte sind durch diese Auslandsdeutschen nicht nur auf ihre Anwesenheit, sondern auch das deutsche Vermögen in der Fremde schaffen durften, die positive Bundesstellung unbedenklich. Was schäme, durch ihre Arbeit wieder berein. Ihre Enttäuschung über begründet. Gewiß, die Reichsfinanzen dulden schwere Belastung, aber dann hätte man auch in den Fragen ähnlich verfahren müssen, dann dürfte nicht den süddeutschen Ländern den Anteil an der Steuer erhöhen, dürfte nicht die Randrentenrenten so beschränken und durch die Aufhebung des Sperrgesetzes Standbesitzer die Durchsetzung ihrer übertriebenen veralteten Ansprüche erleichtern. Stimmliche Proteste haben dann keine Notwendigkeit genommen. Es wiederholt sich eben das Schaulpiel, das wir von der Anschließfrage her kennen. Erst hat man in der Opposition Ansprüche selbst unterstellt und den Hof gegen die blut zu schüren versucht, dann hat man, da man inszenieren zu Macht gelangt war, sich auf die entgegengesetzte Seite gestellt. Das einzige Bemerkenswerte daran, ist die Geduld der Wähler. Ob sie wirklich enttäuscht sind?

Die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung soll man von der Hand weisen. In Preußen droht der Abschluss eines Konkordats erste Verhandlungen heraufzuführen, die vielleicht zu einer Sprengung des Bundes führen und dann folgerichtig den Reichstag mit in Staubel ziehen würden. Aber vielleicht ist das gar erforderlich. Das reichlich reaktionäre Schulgesetz,

dessen erste Bestimmungen jetzt bekannt werden und alle Anhänger einer freisheitlichen Entwicklung mit Zorn und Empörung erfüllen müssen, könnte den gleichen Erfolg zeitigen. Die einzige Partei, die sich darauf vorbereitet, ist das Zentrum. Ein Artikel der „Germania“ zeigt, daß man dort gerüstet ist. Hämisch genug wird abgelehnt, mit den Deutschnationalen Arm in Arm vor die Wähler zu treten und vor allem Ueberfluß versichert, man denke gar nicht daran, das Schulgesetz zur einzigen Parole zu machen. Selbstbehauptung zwingt, rechtzeitig sich auch zu rufen. Selten hatten wir so günstige Parolen wie jetzt. Die Freiheit der Schule, die Stärkung der Reichszentral, gegen den verheerenden Einfluß des Partikularismus und der Kampf im Sinne der Weltwirtschaftsunionen für Niederlegung der Zollmauern, also im bewußten Gegensatz zu der Jollpolitik des jetzigen Kabinetts. Nur arbeiten müssen wir, solange es Tag ist. In diesem Sinne dürfen die Ferien nicht gelten. Bereit sein, ist alles.

Die Außenpolitik ist seit langem zum Stillstand gekommen. In Paris beriet man sich darauf, daß Deutschland in den Abwicklungsverhandlungen noch einige Restbestände aufzuweisen hätte. Daß es sich nur um einen Vorwand handelte, haben die letzten Tage mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt. Der belgische und der französische Militärattachés in Berlin haben nach Besichtigung der Offensiven anerkannt, daß die vorgeschriebenen Sprengungen reiflos nachgelassen worden sind. Das Kriegsergebnis ist dem Reichstage noch vor dem Auseinandergehen endgültig angenommen worden. Und doch! Nichts regt sich drüben. In diesem Augenblick haben die Engländer ein deutsches Werk gesprochen. Herr Chamberlain hielt im Unterhaus eine große Rede, verzog aber, auf die nach der Rheinräumung gestellte Frage einzugehen. Sein Unterstaatssekretär Loder-Sampson holte das Verfümmte nach. Endlich wurde offen zugegeben, daß die uns in der Besatzungsfrage im Dezember 1926 ausdrücklich zugesagte Truppenverminderung nicht im vollen Umfang erfolgt ist. England werde sich bemühen, für die Einhaltung der gemachten Zusagen mit aller Entschiedenheit zu wirken. Praktisch bedeutet es vielleicht nicht viel, aber es unterstreicht den deutschen Rechtsstandpunkt und wird sich in dem entscheidenden Kampf, der nun endlich einziehen muß, als Waffe verwerten lassen.

In Paris wird die Anschließfrage wieder lebhaft erörtert. Wir verstehen die Aufregung nicht ganz. Welche Gefahr für Europa daraus erwachsen soll, daß sich sechs Millionen Oesterreicher dem Reich verbinden. Aber an der Seine pocht man wie Schloß auf seinen Schein. Der Friedensvertrag von Versailles verbietet die Gemeinschaft zweier Völker, die kaum etwas Trennendes aufzuweisen haben. Nur der Völkerbundsrat könnte einem Antrag seine Genehmigung erteilen. Im Rat aber genügt ein einziges Veto, und selbst wenn Frankreich aus irgend welchen tatsächlichen Erwägungen darauf verzichten würde, es auszusprechen, könnte es sich auf Polen verlagern. Sehr groß muß die Belohnung sein, denn man erwägt, den Deutschen an der Donau ihre politische Selbstsicherheit abzulaufen. Vergünstigungen im Durchgangsverkehr, Erleichterungen im Handel mit der Tschechoslowakei und ein Freihaufen in Wien. Wenn die Oesterreicher gut beraten sind, nehmen sie was sie bekommen können, denn noch ist die politische Lage nicht weit genug entwickelt, um einen moralischen Reichsfall durchzuführen. Nur soll man sich in Frankreich und Polen nicht etwa der Illusion hingeben, als ob man durch das kürzeste Meer zum Rest der Welt alle Zeiten die Landkarte von Europa bestimmt hat. Die gleiche Ueberzeugung besaß man auch auf dem Wiener Kongreß, wo man ebenso selbstherrlich verfuhr und erlebte dann mit Schrecken, daß die großen Ideen der Völker stärker waren als die kleinen Erwägungen der Staatsmänner. Es könnte sich bald das selbe ereignen.

Einige Tage hindurch war das Kabinett Poincarés ernstlich gefährdet. Nicht von links, sondern von rechts her setzte ein Aufbruch ein, der zahlenmäßig den sicheren Stütz der Regierung zur Folge haben mußte. Man verzogerte es dem Ministerpräsidenten, daß er den Wünschen der Linken in den Fragen der Wahlreform nachgegeben

hatte. Dem Außenstehenden erscheinen die Veränderungen dieser Reform nicht sehr bedeutungsvoll, aber die maßlose Wut der Nationalisten beweist, daß man eine Schwäche in ihrer parteipolitischen Aufstellung getroffen haben muß. Wenn künftig jeder Wahlkreis nur einen Abgeordneten entsendet, während bisher drei und zwei die Regel waren, so erschwert das ein Zusammengehen für den Bloc national. Die Linke ist ja immer uneinig, nicht nur in Frankreich, und ist immer gesondert in den Kampf gezogen. Darin liegt wohl die Stärkung für die Zukunft. Auch die wildste Opposition hat die Verabschiedung der Vorlage nicht verhindern können. Nun gab es nur noch eine Bedrohung. Der Finanzausfluß hatte der Erhöhung der Beamtengehälter rückwirkende Kraft verleihen wollen, wogegen sich Poincaré mit seiner ganzen Fähigkeit wehrte. Die Radikallisten aber fielen um. Nur ein Teil beharrte bei seinem Entschluß. Die rettenden Ferkel waren gekommen. Poincaré ist Ministerpräsident geblieben, obwohl man schon in Brabant den geeigneten Nachfolger gefunden hatte. Seltsam, wie die nationale Politik der einzelnen Länder sich international gleich.

Der Prozeß, der gegen den falschen Hohenzollern-Prinzen Domela in Köln mit der Beurteilung zu sieben Monaten endete, ist mehr als der Abfluß einer Komödie. Gewiß hat dieser Stoff in ähnlicher und anderer Form häufig die Untertischblätter beschäftigt, und die Volkstage wie das Märchen haben sich gern mit der Verwandlung feiner Leute in Untertischblätter beschäftigt. Aber dahinter steckt doch ein gutes Stück Tragik. Man hat in Köln nicht die Zeugen selbst vernommen, sondern nur ihre Aussagen verlesen lassen. Das geschah aus gutem Grunde, um die Verhandlungen nicht zu weit auszuweiten, aber das Gegenteil wäre sehr reizvoll gewesen. So wird wir auf die Schilderungen des Angeklagten angewiesen, die des Sumors nicht entbehren. Dieser vom Schicksal arg gezeichnete junge Mann ist nach tapferem Strahlen der Verurteilung erlegen. gedrängt, die er Vergehen bestand von allen Byzant Namen genügt, auch Eigentlich hätten sich vor einem Prebenzen, dessen ein Hohenzollern zu schon dieser Kaufmann der Deutschen dem Rang dieses nicht bei Herrn Do die sich erhoben sich drücken dürfen. S. Sarobonaffen. Bei Sauferei, Domela hüßen, aber weurt so oft von seiner Prevenkten mit sich in Blätter, wie die S durch das Volk der uns ergogen haben.

Die kraftlos

Rechtsregierungen... die deutsche Volks immer wieder unter dem Gesichtspunkt empfohlen worden, es wäre notwendig, „sachlich und kraftvoll die Geschichte des Reiches“ zu lenken. Wenn man aber allein in den letzten Wochen beobachtet, wie im Reichstag und in den verschiedenen Reichstagsausschüssen die Reichsregierung Niederlage auf Niederlage erleidet, so dürfte dies nicht gerade ein Beweis dafür sein, daß eine Rechtsregierung in der Lage ist, sachlich und kraftvoll die Geschichte Deutschlands zu lenken. Sachlich und kraftvoll vermag man gegenwärtig insbesondere auch nicht die sogenannte Reichsfinanzpolitik zu nennen. Bei der Reichsfinanzgesetzgebung für die Reichsfinanzen verzichtet das Reichsfinanzministerium auf jegliche Führung. Die Entscheidung über den Inhalt der künftigen Gesetzesvorlagen ist in das Gremium der Landesfinanzminister verlegt wora

